



Antragsspiegel

Nr	Bezeichnung	Thema	Antragsteller
		LEITANTRÄGE	
1	LA 1	Für eine starke SPD in Köln Wir stellen uns auf für 2020....	UBV
2	LA 2	Unsere Visdon: Köln lebt im sozialen Veedel	UBV
		EUROPA und INTERNATIONALES	
3	E 1	Europa: Solidarität statt Austerität	Forum Europa Über UBV
		BILDUNG	
4	B 1	Gesamtschulen für die Veedel in Köln	OV Dünnwald und AfB
		KOMMUNALES – SOZIALES	
5	KS 1	Fahrradschnellwege in Köln	OV Braunsfeld- Müngersdorf
6	KS 2	Kölner Wohnungsmarkt	OV Nippes
7	KS 3	Grundversorgung mit Wohnungsangeboten in Köln	OV Nippes
8	KS 4	Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten	AsF Köln
9	KS 5	Flucht und Migration als ein Schwerpunkt der KölnSPD	AG Flucht u Migration Workshop Köln SPD UBV
10	KS 6	Steuerpolitik als Gerechtigkeitspolitik	AG Steuergerechtigkeit KölnSPD über UBV
		Friedens-Außen- Sicherheitspolitik	
11	F1	Nein zum Einmarsch der Türkei in Afrin	OV Ehrenfeld
12	F 2	Abrüsten statt Aufrüsten	OV Ehrenfeld
		Weitere THEMEN	
13	W 1	Saft-undBiertrinker schützen- Glyphosatwerte anpassen	OV Ehrenfeld
14	W 2	E-Sport als Sport anerkennen	Jusos Köln
		Organisationspolitisches/ Satzungsänderungen	
15	Org 1	Aufstellungsverfahren Wahlen	OV Lindenthal
16	Org 2	Sieben Orgpolitische Anliegen	OV Rodenkirchen/Weiß Hahnwald/Michaelshoven
17	Org 3	Diverse Satzungsänderungen	OV Bayental/ Marienburg Raderberg Raderthal

1
2

3
4
5



6
7
8
9

Mitglieder der Antragskommission

Innenstadt	Wolfgang Radic
Rodenkirchen	Rafael Struwe
Chorweiler	Eduard Lorenz
Nippes	Walter Schulz
Ehrenfeld	Benjamin Beltz
Porz	Thomas Hölsken
Mülheim	Vincent Morawietz
Kalk	Christian Robyns
Lindenthal	NN
UBV Vorschlag	Christiane Jäger
ÜBV Vorschlag	Barbara Lübbecke
UBV Vorschlag	NN Jusos
UBV Vorschlag	ASF Mario Sollbach

10
11
12

Wir sind bemüht die Voten der Antragskommission vor dem Parteitag digital nachzureichen



13

LA 1 Leitantrag a.o. UB-Parteitag der KölnSPD 3. März 2018	
Für eine starke SPD in Köln	
Wir stellen uns auf für die Wahlen 2020/2021/2022	
Antragsteller:	UB-Vorstand
Weiterleitung an:	/

14

15

Für eine starke SPD in Köln

16

Wir stellen uns auf für die Wahlen 2020/2021/2022

17

18

19 Am 11. März 2017 hat der Parteitag der KölnSPD den neu gewählten Unterbezirks-
 20 vorstand der KölnSPD beauftragt, für die Vorbereitungen der Wahlen
 21 2020/2021/2022 eine Diskussionsgrundlage für die personelle und inhaltliche
 22 Aufstellung zu erarbeiten.

23

24 Wir wollen „qualifizierte, engagierte Menschen in und für die Politik gewinnen“ und
 25 wir wollen uns inhaltlich positionieren mit dem Anspruch der KölnSPD „als DIE
 26 Großstadt – und Volkspartei in Köln“.

27

28 In mehreren Etappen hat der Vorstand, zusätzlich zum Engagement bei der
 29 Landtagswahl im Mai und der Bundestagswahl im September, die Beratungen zur
 30 Aufstellung der SPD aufgenommen.

31

32 → Der außerordentliche UB-Parteitag am 22. Mai diskutierte und positionierte sich
 33 zu mehreren bundespolitischen Themen

34

35 → In seiner ersten Klausur im Juli 2017 startete der neu gewählte UB Vorstand mit
 36 den beratenden Gästen die Vorbereitungen für die Neuaufstellung der KölnSPD
 37 zu den Wahlen 2020f

38

39 → Für und in der Oktoberklausur am 13./14.10. 2017 erarbeitete der Vorstand
 40 Elemente der Neuaufstellung der Köln SPD mit Aufgaben für das
 41 Arbeitsprogramm 2018, die Verbesserung der Kampagnefähigkeit, sowie den
 42 Rahmen der innerparteilichen Diskussion zur inhaltlichen und personellen
 43 Aufstellung der KölnSPD 2020/2021/2022

44

45 → Den Mitgliedern und Vertretern der Ortsvereine wurde am 16. Oktober im
 46 Mitglieder offenen Parteirat der Stand der Diskussionsüberlegungen vorgestellt
 47 und zur weiteren Beratung in die Stadtbezirken, Ortsvereine und
 48 Arbeitsgemeinschaften überwiesen

49

50 → Die Vollversammlung der KölnSPD am 2. Dezember befasste sich außer einem
 51 Meinungsaustausch zum Ausgang der Bundestagswahl in fünf Workshops mit
 52 konkreten politischen Inhalten:



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

53 Europa; Technologischer Wandel und Sozialer Fortschritt; Digitalisierung;
54 Steuergerechtigkeit; Demokratie stärken; Köln - Stadt der Metropole und der
55 Veedel; Flucht und Migration; Kommunikation nach innen und außen.
56

57 Unser Ziel und unser Anspruch ist eine breite Debatte mit der Beteiligung vieler
58 Mitglieder aus allen Bereichen der Stadt.

59 Ausgangslage in Köln

60

61 Die aktuelle Politik in Köln ist geprägt von einer konservativen Ratsmehrheit aus
62 CDU, Grünen und FDP und einer angeblich überparteilichen Oberbürgermeisterin.
63 Die inhaltlichen Unterschiede werden vertuscht und überspielt und die Aktivitäten
64 beschränken sich auf öffentlichkeitswirksame Bürgerbeteiligungs“shows“ ohne
65 erkennbare Ergebnisse.

66

67 Das Bündnis kapituliert vor den großen Herausforderungen der wachsenden
68 Metropole Köln – zum Beispiel-:

69

- 70 - Kostenexplosionen bei Großprojekten
- 71 - (sozialer) bezahlbarer Wohnungsbau rückläufig
- 72 - Kein Konzept zur Bauflächenrekutierung
- 73 - Fehlende neue Schulen und Sanierungsstau bei bestehenden Gebäuden
- 74 - Kein Konzept zum Klimaschutz
- 75 - Keine Strategie zur Verhinderung von Dieselfahrverbote
- 76 - Chaotische Verwaltungskommunikation z.B. bei den Themen Ebertplatz und
77 Außengastronomie zu Karneval

78

79 An den politischen Entscheidungen der letzten Jahre wird deutlich: Es gibt Stadteile, in
80 denen Menschen ihre Interessen lautstark vertreten und die bei Schwarz/Grün/Gelb Gehör
81 finden. Und es gibt Stadtteile, in denen die dort lebenden Menschen ihre Interessen nicht
82 oder nur in geringem Maße in die Diskussion einbringen können. Diese Stadtteile werden
83 vernachlässigt, über die Menschen wird hinweg regiert.

84 Im Ergebnis wird die gesellschaftliche Spaltung in der Stadt gefördert, eine zunehmende
85 Anzahl von Menschen fühlen sich abgehängt; statt mehr Miteinander gibt es mehr
86 Gegeneinander und Gleichgültigkeit.

87

88 „Privat vor Staat“ scheint immer mehr der Weg von Oberbürgermeisterin und der sie
89 tragenden Parteien zu sein.

90

- 91 - Ohne Not wird die städtische Wirtschaftsförderung zerschlagen, um sie zu
92 privatisieren.
- 93 - Im Gesundheitswesen droht der Ausverkauf städtischer Kliniken in
94 Windeseile, ohne betroffene Beschäftigte zu Beteiligten zu machen

95

96 Das heisst für uns: Die Menschen in dieser Stadt brauchen die SPD. Sie brauchen
97 eine solidarische und eine faire Politik, die die Bedürfnisse und Interessen aller
98 berücksichtigt.

99

100 Und sie brauchen eine Politik, die sich den Herausforderungen stellt und
lösungsorientiert die Themen und die Aufgaben anpackt.



101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149

Unser Weg zur Kommunalwahl 2020

1. Unser inhaltliches Angebot – Der Weg zum Kommunalwahlprogramm

Köln ist eine stetig wachsende Stadt. Als solche steht sie in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen – dazu gehören der noch stärker angespannte Wohnungs- und Büromarkt, die veränderten Bedarfe an Mobilität, eine ausreichendes und qualitätsvolles Angebot bei der Kinderbetreuung, bei den Schulen und in der Weiterbildung und die vielfältigen Probleme von armen Stadtteilen. Die Köln SPD will sich diesen Herausforderungen stellen und die Aufgaben beherzt anpacken. So freuen wir uns über das Wachstum der Stadt und begrüßen alle Neu-Kölner*innen herzlich. Dennoch bedeutet Wachstum auch Veränderung. Köln wird und muss sich verändern, um den neuen Situationen gerecht zu werden. Dabei zeigt sich seit langem, dass die Sozialdemokratie diejenige Kraft ist, die Gestaltungswillen zeigt und Antworten auf die drängendsten Fragen im Dialog erarbeitet und präsentiert.

2. Köln ist Metropole und Kaffeбуд

Die KölnSPD begreift Köln als Metropolstadt mit über einer Millionen Einwohner und den Herausforderungen der Urbanität ebenso wie Stadt als Heimat für die Menschen in den Veedeln mit der „Kaffeбуд“ als Ort der Begegnung und des Austauschs. Wir sind überzeugt, nur, wenn wir unsere Quartiere, unsere Veedel, auch als Heimat vor der Haustüre begreifen, wenn wir die Begriffe Wohnen, Bildung, Infrastruktur, Mobilität und Arbeit gemeinsam denken, schaffen wir es, unsere Stadt zukunftsfest zu gestalten. Unser Anspruch bleibt: Wir wollen ein Köln für ALLE.

3. Wie wir uns den Weg der Programmentwicklung vorstellen (Elemente)

Um sich auf mögliche Veränderungen einzustellen, Lösungsansätze zu entwickeln und politische Positionierungen zu erarbeiten, wollen wir Veranstaltungen mit zentralen Fragestellungen der Zukunft frühzeitig aufgreifen und behandeln. Wir stellen uns vor diese Veranstaltungen in einem Turnus von circa zwei Monaten, die als Austausch- und Diskussionsplattform dienen, anzubieten, um über aktuelle Entwicklungen im Bereich Stadtentwicklung und städtisches Zusammenlebens zu sprechen. Ziel ist es zum Einen, einen Dialog anzustoßen, der Bürgerinnen und Bürger ebenso mit einbezieht wie Parteimitglieder, zum Anderen soll eine Vision einer modernen Stadt Köln entwickelt werden. Wichtig dabei ist, dass sowohl Partei als auch Bürgerschaft auf diese Vision vorbereitet werden und diese mittragen. Forderungen, Denkanstöße und Ideen, die in diesem Prozess entstehen, können sowohl Teil des Kommunalwahlprogramms 2020 werden, als auch in der laufenden Wahlperiode des Rates von der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln aufgegriffen werden.



150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191

Nach jeder Veranstaltung sollen die Impulse festgehalten werden und bei Bedarf in Arbeitskreistreffen weiter diskutiert werden. Am Schluss sollen Konzepte stehen, die von einer breiten Mitgliedschaft getragen werden, einem Dialogprozess unterliegen und durch die Mitwirkung verschiedener Input-Geber bereits gut ausgereift sind und wesentliche Bestandteile des Kommunalwahlprogramms werden sollen. Hierin liegt der Mehrwert der Reihe, die den inhaltlichen innerparteilichen Diskurs beleben kann.

Für die Veranstaltungen wollen wir Referenten* gewinnen, die über Parteibindung hinaus Experten auf den jeweiligen Gebieten sind und einen Input von außen geben können. Wichtig ist, dass bei den Veranstaltungen ergebnisoffen und ohne Schranken im Kopf diskutiert wird. Im Fokus soll eine zukunftsfähige Stadt Köln stehen.

Die inhaltliche Ausgestaltung der einzelnen Veranstaltungen soll von den Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes übernommen werden und in Kooperation mit den Foren, Arbeitskreisen, Arbeitsgemeinschaften und der Ratsfraktion erarbeitet werden.

4. Unser Zeitplan für die inhaltliche Diskussion

Unser Kölner Programmprozeß wird in öffentlichen Veranstaltungen zu der die Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden durchgeführt.

Wünschenswert ist es, wenn in jedem Ortsverein, mindestens in jedem Stadtbezirk eine verantwortliche Person als AnsprechpartnerIn den Prozeß begleitet.

Bis Ende 2018 ist jeder Stadtbezirk aufgerufen eine Sitzung durchzuführen , bei der die Veedelskonferenz für 2019 miteinander besprochen und geplant werden. Insbesondere sind alle Mandatsträger*innen und Funktionäre sowie mögliche Interessierte für eine Kandidatur in 2020 in die Vorbereitungen und die spätere Umsetzung einzubeziehen.

Unser Ziel: Mindestens eine Veedelskonferenz wird je Ratswahlkreis in 2019 durchgeführt, weitere Angebote in den Veedeln werden begrüßt.

Der Prozeß wird vom UB-Vorstand der Köln SPD mit der AG Veedel intensiv begleitet. Die AG-Veedel des UB-Vorstand wird einen Methodenkoffer zur Durchführung von öffentlichen Veedelskonferenzen entwickeln und Schulungen auch zur Qualifizierung anbieten.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

192 **5. Unser personelles Angebot – Der Weg bis zur Nominierung der Männer** 193 **und Frauen zu den Wahlen**

194
195
196 Die KölnSPD hat sich zu den Wahlen in 2020/2021/2022 vorgenommen, in den
197 Parlamenten „jünger, weiblicher und bunter“ vertreten zu sein.

198
199 Diese Schlagworte bedeuten, dass wir als echte Volkspartei bei unserer personellen
200 Aufstellung möglichst viele Berufe und Berufsbilder – Akademiker, Handwerker,
201 Angestellte, Beamte, Selbstständige und andere - Männer und Frauen, Ältere und
202 Jüngere, Homo- und Heterosexuelle, hier Geborene und zugewanderte Menschen,
203 und die Vielfalt der neun Stadtbezirke, berücksichtigen. Und gewiss wollen wir auch,
204 dass unsere Kandidatinnen und Kandidaten sich qualifizieren (können), um in den
205 Wahlauseinandersetzungen, aber auch in den angestrebten Mandaten erfolgreich
206 handeln zu können.

207
208 Wir wollen gemeinsam einen transparenten innerparteilichen Diskussionsprozess mit
209 und in allen Ortsvereinen, Stadtbezirken, Arbeitsgemeinschaften und Fraktionen in
210 Rat und Bezirksvertretungen in Gang setzen.

211
212 Für diesen Austauschprozess hatte der UB Vorstand im Herbst 2017 ein erstes
213 Diskussionspapier mit einer Kriteriensammlung erarbeitet und den Gliederungen zur
214 Verfügung gestellt. Vor der Sommerpause 2018 soll das erste Ergebnis der
215 Diskussionen vorliegen und damit die Grundlage für unsere Personalfindung bilden.

216 217 218 **6. Unser zeitlicher Fahrplan für die inhaltliche und personelle Aufstellung**

219
220 Unser Ziel: Ein starkes inhaltliches Programm und überzeugende Kandidatinnen und
221 Kandidaten, die auf der Grundlage unserer Werte und unserer Inhalte für Vertrauen
222 und Mehrheiten bei den Wahlen um die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger
223 kämpfen.

224
225 Wir nehmen uns insgesamt ein Jahr Zeit für die Diskussion mit den Mitgliedern in
226 den Gliederungen und den Fraktionen von Rat und Bezirksvertretungen.

227
228 Für den Herbst 2019 wird ein ordentlicher Parteitag vorgesehen, der das
229 Kommunalwahlprogramm beschließt und politische Nominierungen vornehmen kann.
230 Die rechtlich verbindliche Nominierung von Ratskandidatinnen und –kandidaten,
231 sowie der Reservelisten für den Stadtrat und die Bezirksvertretungen erfolgt im I.
232 Quartal 2020.

233
234 Nominierungen für die Kandidaturen zum Deutschen Bundestag 2021 planen wir im
235 Rahmen der wahlrechtlichen Fristvorgaben in Abhängigkeit der Festlegung des
236 Wahltermins.

237 Für das Auswahlverfahren (konkreter Zeitplan, Vorstellungsverfahren von
238 Kandidaten* in den Gliederungen und anderes) wird die KölnSPD bis Frühjahr 2020
239 unter Einbeziehung der Gliederungen einen transparenten Fahrplan verabschieden.
240



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

241
242
243
244
245
246
247
248

249

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270



271

LA 2 Leitantrag a.o. UB-Parteitag der KölnSPD 3. März 2018	
Unsere Vision: Köln lebt im sozialen Veedel.	
Antragsteller:	UB-Vorstand
Weiterleitung an:	/

272

273 Der Parteitag möge beschließen

274 **Das soziale Veedel ist der Kitt Kölns.**

275 Köln ist Millionen-Stadt. Als viertgrößte Stadt der Bundesrepublik und größte
276 Kommune des bevölkerungsreichsten Bundeslandes ist Köln in einer
277 herausgehobenen Lage. Die Geschichte, Lage und Bedeutung bspw. als
278 Medienstadt macht Köln zu einem wichtigen Bezugspunkt in Europa.

279 Doch genauso wichtig wie die vielen Leuchtturm-Einrichtungen der Stadt sind die
280 Veedel Kölns. Die Stadt ist auch ein Stück weit eine Anhäufung vieler kleiner Dörfer,
281 in denen sich unser Leben abspielt. Das Büdchen auf der Ecke, der Platz im Veedel
282 und der Sportverein sind wichtige Bezugspunkte von vielen.

283 Als KölnSPD verstehen wir uns als Volkspartei, die beides kann: Großstadt und
284 Veedel. Wir können den Spagat zwischen Kaffeebud und Metropole, weil wir
285 verankert sind: Vor Ort und überregional. Für uns ist das Gelingen des
286 Zusammenlebens im Veedel Voraussetzung für eine funktionierende Großstadt. Wir
287 verstehen das soziale Veedel als Kit Kölns.

288 Im Folgenden beschreiben wir grob das Ideal eines sozialen Veedels. Mit der
289 Debatte über diese Vision starten wir einen kölnweiten Dialog-Prozess. Wir fragen
290 unsere Nachbar*innen: Was fehlt bei uns im Veedel? Was kann unternommen
291 werden, um unseren Stadtteil zum sozialen Veedel werden zu lassen? Aus den
292 Diskussionen entwickeln wir Visionen für unsere Veedel und Köln, die wir Wirklichkeit
293 werden lassen wollen.

294 Was unsere sozialen Veedel ausmachen soll.

295

296 **Das soziale Veedel wohnt in der Nachbarschaft:**

297

298 Es gibt gemischte Eigentumsformen und Mietniveaus. Wohnungsgesellschaften wie
299 die GAG und WSK bleiben dafür in öffentlicher Hand. Der Bestand an öffentlichen
300 und genossenschaftlichen Wohnungen wird erhöht. Bei der klimagerechten



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

301 Sanierung von Wohnungsbeständen werden alle Entwicklungsziele des Veedels
302 betrachtet: von barrierearm über klimagerecht zu bezahlbar und lebenswert. Das
303 soziale Veedel initiiert Kooperation von Verwaltung, Politik, Wohnungs- und anderer
304 Wirtschaft sowie den Anwohner*innen, damit Veedelsverantwortung entsteht.
305 Mieterbeiräte als Instrument für Mitbestimmung und für nachbarschaftlichen
306 Zusammenhalt werden gestärkt.

307 Öffentliche Flächen im Veedel brauchen eine bedarfsgerechte Gestaltung und
308 werden nicht verkauft. Denkbar wären auch Miet- oder Pachtverträge sowie
309 Veräußerungen im Rahmen von Konzeptvergaben, ggf. mit Rückkaufrecht der Stadt.

310 Es gibt aktive Angebote an bestehende Mieter*innen, Wohnungstauschbörsen und
311 Umzugshilfen, um einen Umzug innerhalb des sozialen Veedels in eine den
312 Anforderungen entsprechende Wohnung zu ermöglichen. Pflege-, Gesundheits-,
313 Bildungsangebote im sozialen Veedel werden mitgedacht und durch die
314 Wohnungsinhaber, die öffentliche Hand und weiterentwickelte, integrierte
315 Förderprogramme unterstützt.

316 Das soziale Veedel organisiert eine bessere Beteiligung der Bürger*innen bereits bei
317 ersten Planungsszenarien zur Klärung der Bauaufgabe, um einen Veedelsbezug
318 beim baulichen und planerischen Wettbewerb zu etablieren. Im sozialen Veedel gibt
319 es Gemeinschaftsräume für ehrenamtliches Engagement und Begegnung.

320 „Integration findet vor allem im Veedel statt. Hier sind die Veedelsstrukturen aus
321 Bildung, Sport und Ehrenamt sinnvoll miteinander zu vernetzen, um gelingende
322 Integration zu ermöglichen.“

323 Vielfältige, parallele Nutzungen ermöglichen Austausch und Lebensqualität.
324 Öffentliche Räume sind ansprechend zu gestalten und zu pflegen. Sie sind für alle
325 Personen zugänglich und werden von den Nachbarschaften in der Planung,
326 Realisierung, Pflege und Erhaltung begleitet. Die SPD hatte im Wahlprogramm 2014
327 und später im Rat schon ein Plätzeprogramm „Manifest des Veedelsplatzes“ initiiert
328 .Leider scheiterte die Umsetzung der Idee bisher an der konservativen Ratsmehrheit

329 **Das soziale Veedel lebt mit Infrastruktur und Dienstleistung**

330 Es braucht neue Bündnisse für die veedelsnahe Versorgung. Gezielt benötigte
331 Angebote siedeln wir durch bspw. preiswerte Mieten an. Die Gründung und
332 Ansiedlung von Genossenschaften aus dem sozialen Veedel heraus werden aktiv
333 begleitet und gefördert.

334 Zur erforderlichen Infrastruktur gehört auch die flächendeckende Sicherstellung
335 moderner Möglichkeiten der Digitalisierung wie insbesondere den Ausbau von
336 Glasfasernetzen.

337



338

339

340 Wir nutzen Innovationen im Bereich der Mobilität. Infrastruktur und Versorger werden
341 gezielt in das ÖPNV-Netz eingebunden, bei Neuansiedlungen ist Anbindung an
342 ÖPNV-Haltestellen gewährleistet.

343 Gemeinsam werden fehlende Angebote identifiziert und initiiert. Soziale Arbeit wird
344 veedelsbezogen gezielt gefördert: Angebote für Kinder und Jugendliche, ambulante
345 Pflege, Pflegewohnungen und Senioren-WG mit Betreuung werden weiter
346 ausgebaut. Das soziale Veedel schafft Möglichkeiten der Begegnung in Form von
347 Nachbarschaftstreffs- und -häusern, Begegnungs- und Bürgerzentren. Jedes soziale
348 Veedel in Köln braucht einen solchen Raum als Ort des lokalen Miteinanders.

349 **Das soziale Veedel braucht Bildung.**

350 Köln braucht noch höhere Investitionen in Bildung, insbesondere in benachteiligten
351 Veedeln. Um gleiche Bildungschancen zu erreichen, sind Veedel, die im
352 Bildungsbereich einen höheren Bedarf haben, entsprechend stärker zu fördern.

353 Das soziale Veedel denkt über Zuständigkeitsgrenzen hinweg und stellt Kinder und
354 Jugendliche in den Mittelpunkt der Bildungskette. Lokale Bildungslandschaften
355 müssen im sozialen Veedel gedacht und gelebt werden, :“... von der Wiege über
356 Schule und Hochschule bis hin zum lebenslangen Lernen.“

357 Wir gestalten die Kindertagesstätten und Schulen als Lernorte, die
358 Chancengerechtigkeit unabhängig von Herkunft und Bildungsstand der Eltern
359 fördern. Wir bauen die U3- und Ü3-Betreuung insbesondere in benachteiligten
360 Stadtteilen aus. Wir schaffen noch mehr veedelsbezogene Schulen im
361 Ganztagsbetrieb vor allem in Veedeln mit ungünstigem Sozialindex und schaffen so
362 Kreativangebote, Bewegung und unterstützende Bildungsmaßnahmen. Schulen
363 werden zu offenen Begegnungsstätten des sozialen Veedels entwickelt und für
364 lebenslanges Lernen genutzt. Entsprechend sind öffentliche Bildungsangebote
365 dezentral im sozialen Veedel verankert (Volkshochschule, außerschulische politische
366 Bildungsarbeit, etc.).

367 **Das soziale Veedel bietet Arbeitsplätze und fördert die lokale Wirtschaft**

368 Die Nachbarschaft von Wohnen und Arbeiten wird gestärkt, Konflikte werden
369 gemeinsam gelöst. Kooperationen bekämpfen Leerstand und entwickeln
370 Konzepte und Initiativen für Nutzungen, die das Veedel stärken.

371



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

372 Die Ansiedlung von Unternehmen mit Veedelsbezug wird unterstützt und die
373 Bereitschaft der lokalen Wirtschaft, an der Entwicklung des Veedels mitzuwirken,
374 gestärkt.

375 Öffentliche Wirtschaftsbereiche richten wir in ihrer unternehmerischen Positionierung
376 an sozialen Kriterien und der Entwicklung des Veedels aus.

377 **Das soziale Veedel ist mobil.**

378 Mobilität ist Teil der Entwicklung des sozialen Veedels und ermöglicht Teilhabe am
379 öffentlichen Leben von Köln. Dafür braucht es integrierte Mobilitätskonzepte in
380 Kooperationen zwischen Verwaltung, Veedel, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die
381 gemeinsam geplant und umgesetzt werden. Negative Effekte der Mobilität wie Lärm,
382 blockierte Straßen und Gehwege minimieren wir dadurch und werten den
383 öffentlichen Raum auf. Dazu werden Tempo-30-Zonen ausgebaut,
384 Begegnungszonen in verkehrsberuhigten Straßen und Fußgängerüberwegen
385 geschaffen.

386 Wir brauchen auch die Entwicklung intelligenter Konzepte für den Anlieferverkehr.

387 Soziale Veedel sind gut an das Netz öffentlicher Verkehrsmittel angebunden. Die
388 Preisgestaltung des ÖPNV wird einfacher und verständlicher, sie berücksichtigt
389 soziale Komponenten. Mit besseren Informationen über Verbindung, Abfahrt,
390 Verspätung, alternative Routen und Lage der Haltestellen sowie Aufzügen und
391 Plätzen für Rollstühle, Rollatoren und Kinderwagen erleichtern wir den Zugang zum
392 ÖPNV. Gerade im sozialen Veedel muss die aktive Mobilität mit dem Fahrrad
393 möglich sein. Breite Fußwege erlauben eine bieten Raum für Begegnung für die
394 Menschen im sozialen Veedel.

395 **Das soziale Veedel hat Lebensqualität**

396 Für ein Wohlfühlen im sozialen Veedel sind Gesundheitsversorgung, kulturelle
397 Angebote, Sport und Grünflächen unerlässlich.

398 Eine flächendeckende Versorgung mit Ärzten, Krankenhäusern, Apotheken,
399 (ambulanten) Pflegeeinrichtungen und einer wohnortnahen Versorgung mit einem
400 Angebot an Vollversorgern und einem attraktiven lokalen Einzelhandel sowie
401 lebendigen und vielfältigen Wochenmärkten sind im sozialen Veedel genauso
402 lebensnotwendig wie ein breit verankerter Raum für Freizeit und Freigeist.

403 Ein Gemeinschaftsgefühl stellt sich insbesondere durch ein (wechselseitiges)
404 kulturelles Erleben ein. Um es mit Johannes Rau zu sagen: Kultur ist nicht das
405 Sahnehäubchen auf dem Kuchen, sondern die Hefe im Teig. Das soziale Veedel hat
406 Räume für Kultur vom Kino, Atelier, Proberäume über die Galerie bis zum Theater,
407 temporäre Zwischennutzungen und Club.

408



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

409 Der Sport ist die größte Massenbewegung in der Stadt. Bewegung hält gesund und
410 bildet einen wichtigen Bezugspunkt für das Miteinander im sozialen Veedel. Daher
411 sind Sportvereine und auch freie Bewegungsangebote vorhanden und werden aktiv
412 gefördert und in die lokalen Entwicklungen einbezogen. Die Infrastruktur für den
413 Sport wird entsprechend den Bedürfnissen der wachsenden Stadt ausgebaut er
414 Sport schafft informelle Sicherungssysteme, ist Motor der Integration und hält ein
415 breites Angebot für alle vor.

416 Das Leben in der Stadt braucht Auszeiten und Abkühlung. Für das gute Leben hält das
417 soziale Veedel Grünflächen bereit, um Erholung und Ausgleich zum verdichteten
418 Großstadtleben zu ermöglichen. Dabei sind Parks und Wiesen keine Flaniermeilen für
419 Bessergestellte, sondern Aufenthalt- und Begegnungsflächen der lokalen Gemeinschaft und
420 für alle zugänglich. Jedes soziale Veedel in Köln braucht gute Grünflächen.

421 **Das soziale Veedel ist aktiv**

422 Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbeteiligung sind klar zu definieren. Die
423 Kooperation vielfältiger Netzwerkstrukturen wird gezielt gefördert. Milieu- und
424 gruppenübergreifende Zusammenarbeit durch Politik und Verwaltung kommt nicht
425 von alleine, sondern braucht aktive Ansprachen. Dazu braucht es auch finanzielle
426 Mittel zur Begleitung und Qualifizierung ehrenamtlichen Engagements. Mit der
427 Bereitstellung von Räumen und Sachmitteln sowie Unterstützung bei Akquise
428 finanzieller Ressourcen und Qualifizierung werden verlässliche Rahmenbedingungen
429 dafür geschaffen.

430 Das soziale Veedel hat feste Ansprechpartner*innen in Form von
431 Veedelsmanagement und kommunaler Verwaltung. Sozialraumkoordinator für jedes
432 Quartier sind unser Ziel. Bedürfnisse, Interessen und lokales Expertenwissen der
433 Bewohner*innen und Akteur*innen werden bei der Weiterentwicklung des sozialen
434 Veedels eingebunden. Hierfür sind offene und transparente Gestaltung von
435 Entscheidungs- und Beteiligungsprozessen notwendig. Verschiedene
436 Herangehensweisen gewährleisten Beteiligungsprozesse durch frühzeitige
437 Einbindung der Bewohner*innen (Living Labs, aufsuchende Beteiligung,
438 Stellvertreter*innen).

439 **Das soziale Veedel hat Raum für gemeinsame Gestaltung**

440 Das soziale Veedel entwickelt individuelle Konzepte gemeinsam mit Verwaltung,
441 Politik und Bewohner*innen, setzt sie gemeinsam um und evaluiert diese. Dafür
442 sichert die Kölner Stadtverwaltung eine finanzielle Mindestausstattung des
443 Veedelsmanagements unabhängig von Förderprojekten. Das Veedelsmanagement
444 wird in seiner Moderationsfunktion fortlaufend qualifiziert und die Verwaltung sichert
445 durch feste Ansprechpartner*innen eine effektive Zusammenarbeit. Das soziale
446 Veedel nutzt Förderprogramme, stimmt diese besser aufeinander ab und schafft so
447 eine größere Wirkung vor Ort.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

448
449
450



451

E 1	
Europa: Solidarität statt Austerität	
Antragsteller:	Europaforum Köln SPD über UB-Vorstand
Weiterleitung an:	Landesparteitag NRW SPD

452

453

454 Der Parteitag möge beschließen

455

456 In den letzten Jahren haben sich immer mehr Bürger von der Europäischen Union
 457 abgewendet. Einer Union, die in wichtigen Fragen uneinig wirkt, die scheinbar nur
 458 einigen wenigen nützt, die einseitig auf Marktliberalisierung und
 459 Kapitalverkehrsfreiheit setzt und in der der Solidarität zwischen Stärkeren und
 460 Schwächeren scheinbar kein eigener Wert zukommt. Diese Entwicklung ist
 461 gefährlich: sie untergräbt nicht nur die Akzeptanz einer Institution; sie bedroht das
 462 europäische Gesellschafts- und Sozialmodell insgesamt.

463

464 Ein Kurswechsel tut Not. Die Sozialdemokratie in Europa hat sich in den letzten
 465 Jahren zwischen die Alternativen neoliberalen Markteuropa auf der einen und den
 466 Rückzug in die Grenzen nationalstaatlicher Politik auf der anderen Seite zwingen
 467 lassen. Aber diese Alternativen sind beide auf Dauer schlecht für die arbeitenden
 468 Menschen in Deutschland und in Europa. Wir wollen endlich einen Neuanfang für ein
 469 neues, ein sozialeres und demokratischeres Europa.

470

471 Die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion müssen beseitigt und
 472 die EU zu einer politischen Union mit einer starken sozialen Dimension
 473 weiterentwickelt werden. Europa muss auf Solidarität und Investitionen statt auf
 474 Austerität setzen. Wir brauchen gemeinsame Sozialstandards, die an die
 475 Lebensbedingungen, die wirtschaftliche Kraft und die sozialstaatlichen Traditionen
 476 der jeweiligen Länder und Regionen anknüpfen, aber zugleich zur sozialen und
 477 wirtschaftlichen Konvergenz beitragen. Ein solches Europa und die damit
 478 verbundenen Anstrengungen und gegenseitigen Verpflichtungen werden sich aber
 479 nur durchsetzen lassen, wenn die Menschen umfassend mitbestimmen können.
 480 Ohne Demokratisierung keine Vertiefung!

481

482 Konkret fordern wir:

483

484 **I. Arbeit und Soziales – Europas Akzeptanz steht auf dem Spiel**

- 485 - Wir wollen verbindliche Mindeststandards im Bereich der Sozialpolitik, wie
- 486 z.B. gemeinsame Prinzipien bei der Festsetzung nationaler Mindestlöhne
- 487 (z.B. in Abhängigkeit von nationalen Durchschnittseinkommen oder
- 488 Rentenniveaus). Es kann nicht sein, dass Arbeitnehmer aus
- 489 verschiedenen europäischen Ländern weiter gegeneinander ausgespielt
- 490 werden.
- 491 - Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit braucht es europäische
- 492 Programme zur Förderung von Ausbildung und Qualifizierung in



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

- 493 Krisenländern (z.B. finanzielle Beihilfen zur Einführung von dualen
494 Ausbildungssystemen).
- 495 - „Mitbestimmungsdumping“ muss aufhören. Wir brauchen gemeinsame
496 Regeln für die effektive und grenzüberschreitende Mitbestimmung von
497 Arbeitnehmern. Es gibt keinen Grund für nationale Parzellierung von
498 Arbeitnehmervertretungen in transnationalen Unternehmen, die in einem
499
500 gemeinsamen Markt agieren. Europäische Betriebsräte müssen echte
501 Mitbestimmungsrechte bekommen.
- 502 - Die Entsenderichtlinie muss überprüft, um Mißbrauchstatbestände
503 erweitert und diese müssen effektiv sanktioniert werden. Solange keine
504 hinreichende Konvergenz von Arbeits- und Lebensbedingungen gegeben
505 ist, werden Arbeitnehmerfreizügigkeit und Entsendung (mit
506 sozialversicherungsrechtlichen Befreiungen) ansonsten vielfach zum
507 Zwecke des Sozialdumpings missbraucht.
- 508 - Einheitliche und hohe Mindeststandards im Bereich des Arbeitsrechts
509 müssen ausgebaut werden, z.B. beim Kündigungsschutz. Nationale
510 Standards des Arbeitnehmerrechts und der Arbeitnehmermitbestimmung
511 dürfen durch europäische Gesetzgebung nicht abgesenkt werden.
512
- 513 **II. Steuern und Haushalt – Solidarität ist keine Einbahnstraße**
- 514 - Wir brauchen eine vom Europäischen Parlament gewählte Europäische
515 Wirtschaftsregierung, die eine gemeinsame Wirtschaftspolitik
516 verantwortet. Einen europäischen Finanzminister, der nur den bisherigen
517 Austeritätskurs ohne volle demokratische Verantwortung gegenüber dem
518 europäischen Parlament noch machtvoller durchsetzt, wird zum
519 Totengräber der EU. Fiskalische ohne demokratische Kontrolle lehnen wir
520 ab.
- 521 - Die Länder der Eurogruppe sowie die Länder, die dazu bereit sind, sollten
522 notfalls im Wege der verstärkten Zusammenarbeit verbunden mit
523 umfassender Kontrolle durch das europäische Parlament im Bereich einer
524 einheitlichen Finanz- und Steuerpolitik vorangehen. Wer nicht mitmacht,
525 kann auch nicht von gemeinsamen Ausgaben profitieren (z.B.
526 Investitionsprogrammen, Kohäsions- und Strukturfonds,
527 Transfermechanismen der Währungs- und Geldpolitik etc.).
- 528 - Die Finanztransaktionssteuer muss endlich kommen.
- 529 - Ertragssteuern sind dort zu erheben, wo Wertschöpfung stattfindet (und
530 insbesondere dort, wo Arbeitnehmer beschäftigt werden). Dies funktioniert
531 nur, wenn die EU maßgeblich durch das europäische Parlament
532 verantwortete Zuständigkeiten im Bereich der direkten Steuern bekommt,
533 damit sie Kohärenz der nationalen Steuersysteme aktiv fördern und
534 Steuerdumping vorbeugen kann. Bilaterale Vereinbarungen
535 (Doppelbesteuerungsabkommen) müssen durch europäische Regeln
536 ersetzt werden, um Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten zu
537 beenden. Die Regeln zur Begrenzung der Gewinn- und
538 Verlustverschiebung müssen weiter präzisiert und verschärft werden. Für
539 die Einhaltung und Durchsetzung dieser Regeln sollten nicht (nur) die
540 nationalen Steuerbehörden, sondern (auch) die EU-Kommission zuständig

Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

- 541 sein. Wie die Apple/Starbucks/Amazon-Fälle zeigen, ist nur durch eine
542 übergeordnete Instanz eine effektive Durchsetzung gewährleistet.
543 - Die gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage muss endlich
544 kommen. Die vorliegenden Vorschläge gehen nicht weit genug und
545 müssten um wesentliche Aspekte ergänzt werden (z.B. EU-weit gleiche
546 Abschreibungsmöglichkeiten, Höchstgrenzen zur steuerlichen
547 Abzugsfähigkeit von Managervergütungen, in Abhängigkeit von den
548 untersten Lohngruppen im jeweiligen Unternehmen).
549 - Wir brauchen mittelfristig EU-weit verbindliche Mindeststeuersätze.
550
551 - Ausnahmetatbestände im Umsatzsteuerrecht müssen radikal reduziert
552 und vereinheitlicht werden, um Umgehungen und Betrügereien
553 vorzubeugen.
554 - Es sollten EU-weite Höchstsätze bei Umsatzsteuern vereinbart werden.
555 Die schleichende Umverlagerung von Unternehmens- und Ertragssteuern
556 auf Umsatzsteuern in den letzten Jahrzehnten ging zu Lasten der
557 einkommensschwächeren Bevölkerungsteile. Dieser Trend muss
558 europaweit gestoppt werden.
559

560 **III. Investitionen und Wachstum statt Austeritätspolitik**

- 561
562 - Europa braucht eine Abkehr von der sozial verheerenden Austeritätspolitik
563 insbesondere in Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit. Es müssen andere,
564 neue Wege gefunden werden, um die öffentliche Verschuldung in ein
565 ausgewogenes Verhältnis zur Wirtschaftsleistung und zum öffentlichen
566 Vermögen zu bringen (Schuldenerlass, Vermögensabgaben, Fonds- bzw.
567 Tilgungsfondslösungen, Reichensteuern o.ä.).
568 - Halb Europa braucht Investitionen gegen die Arbeitslosigkeit,
569 insbesondere in Ausbildung und Qualifizierung, sowie in Programme zur
570 Unterstützung des Strukturwandels in ärmeren Mitgliedsstaaten. Sinnvoll
571 sind auch grenzübergreifende Bildungs-, Fortbildungs- und
572 Ausbildungsprogramme, die neben dem Arbeitsmarkt auch den Austausch
573 zwischen Mitgliedsstaaten fördern.
574 - Es muss mehr Investitionen in Infrastruktur geben: digitale, sowie Energie-
575 und Transportnetze (inkl. E-Mobilität). Diese Infrastruktur hat
576 grenzübergreifenden Nutzen und sollte daher gemeinsam finanziert
577 werden.
578 - Die Mittelzuteilung für die Integration von Flüchtlingen muss solidarisch
579 organisiert und Teil der Budgetverhandlungen werden.
580 - Die Rekommunalisierung von privatisierten Betrieben darf nicht durch
581 europäisches Wettbewerbs- Beihilfen- oder Vergaberecht praktisch
582 vereitelt werden; entsprechende Regeln müssen überprüft und durch
583 Ausnahmetatbestände bzw. Freigabemechanismen ergänzt werden.
584

585 Europa steht vor großen Herausforderungen, von innen wie von außen. Diese lassen
586 sich nur gemeinsam lösen. Das Fundament der europäischen Gesellschaftsordnung
587 ruht auf sozialem Ausgleich, Teilhabe und Chancengleichheit. Nur wenn es der
588 Europäischen Union gelingt, diese Solidarität auch in Zukunft zu organisieren, kann
589 sie dauerhaft Bestand haben.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

590
591
592

593

B1	
Gesamtschulen für die Veedel in Köln Stadtentwicklung und Schulentwicklung gehören zusammen Gründung weiterer Gesamtschulen ist vorrangig	
Antragsteller:	Ortsverein Dünnwald und AfB
Weiterleitung an:	SPD-Ratsfraktion

594 Zur Weiterleitung an die SPD-Ratsfraktion

595 Der Parteitag der KölnSPD möge beschließen:

596 Durch die bildungspolitischen Entscheidungen der letzten Jahre wurde auch in Köln
597 die Tendenz zu einem Zweisäulensystem aus Gymnasium und Gesamtschule im
598 Bereich der Sekundarstufen I und II eingeleitet. Die Schulform der Sekundarschule
599 hat sich im urbanen Raum nicht bewährt, sie hat hier eher die Tendenz zur
600 Restschule. In Köln sind neue Gesamtschulen gegründet worden, weitere sind
601 geplant und dringend erforderlich. Jährlich hunderte Ablehnungen an den Kölner
602 Gesamtschulen dokumentieren ausdrücklich den Elternwillen zu einem erheblichen
603 Mehr an Plätzen in Gesamtschulen und erfordern die Gründung weiterer integrierter
604 Systeme. Vor diesem Hintergrund formuliert die KölnSPD folgende Eckpunkte:

605
606

- 607 1. Bei Gründung einer weiterführenden Schule des Sekundarbereiches ist
608 prioritär die Gründung einer staatlichen Gesamtschule vor Ort zu prüfen.
609
- 610 2. Es besteht bereits der Grundsatz, dass bei der Erschließung neuer
611 Wohngebiete parallel die Bildungsinfrastruktur mitgeplant wird. Insbesondere
612 für neue Gesamtschulen ist es auf Grund der erforderlichen
613 Grundstücksgrößen unerlässlich, dass rechtzeitig entsprechende Flächen
614 reserviert und ausgewiesen werden. Hierfür sind auch unabhängig von
615 neuen Wohngebieten Grundstücke zur Verfügung zu stellen bzw. zu
616 erschließen.
617
- 618 3. Eine Gesamtschule ist Motor und Leuchtturm der Veedel. Von der Schule
619 gehen Impulse der Stadtteilentwicklung und Integration des
620 bürgerschaftlichen Zusammenlebens aus. Es sind deshalb die
621 Synergieeffekte aus anderen Infrastrukturbereichen sowie den Vereinen und
622 Organisationen im Veedel einzubeziehen.
623
- 624 4. Für die städtebauliche Planung der Veedel sind umgekehrt die bauliche und
625 sächliche Ausstattung einer Gesamtschule und ihrer öffentlichen Aufgaben
626 zu berücksichtigen. Bei der Planung und baulichen Ausführung neuer
627 Gesamtschulen findet eine enge Kommunikation zwischen dem Rat und den
628 Bezirken statt.
629



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

- 630 5. Für den Neubau und die Sanierungen von Gesamtschulen werden auch
631 kreative Baulösungen außerhalb der Gebäudewirtschaft umgesetzt.
632 Ebenso ist die Sanierung und ggf. der Ausbau bestehender Gesamtschulen
633 prioritäres Handlungsziel der Bauverwaltung der Stadtverwaltung. Dazu fasst
634 der Rat entsprechend aktualisierte Beschlüsse.
635
- 636 6. Ist eine Neugründung einer Gesamtschule nicht direkt möglich, ist zu prüfen
637 ob die Umwandlung einer Haupt-, Realschule und/oder eines Gymnasiums
638 möglich ist. Dabei nutzt der Rat nach aktiver Kommunikation mit den vor Ort
639 Beteiligten alle Entscheidungsmöglichkeiten.
640
- 641 7. Der Erhalt von Hauptschulen und Realschulen ist notwendig soweit nicht
642 flächendeckend Gesamtschulen eingerichtet sind.
643
- 644 8. Eine neue Gesamtschule beginnt vierzünftig sollte aber die Möglichkeit einer
645 Sechszügigkeit umfassen. In großstädtischen Ballungsräumen wie Köln
646 müssen zudem Ausnahmeregelungen zur Weiterentwicklung integrierter
647 Systeme möglich sein.
648
- 649 9. Eine Gesamtschule ist immer eine inklusive Schule. Die KölnSPD unterstützt
650 das Ziel der Verwaltung die Klassenfrequenz in inklusiven Klassen auf
651 maximal 27 Schülerinnen und Schüler zu begrenzen.
652
- 653 10. Gesamtschulen mit Dependancen sind mit entsprechenden sächlichen
654 Mitteln auszustatten, um den mit dem Dependancebetrieb verbundenen
655 Mehraufwand aufzufangen. Sie erhalten eigene Sekretariate, Hausmeister
656 und ggfs. Fahrkostenregelungen. Dazu wird ein auf der Schülerzahl basierter
657 Standard erarbeitet.
658
659
660
661
662
663
664
665
666
667
668
669
670
671
672
673
674
675



676

KS 1	
Kommunales/ Errichtung von Fahrradschnellwegen in Köln	
Antragsteller:	OV-Braunsfeld Müngersdorf
Weiterleitung an:	/

677

678 Die Stadtverwaltung wird beauftragt Fahrradschnellwege durch Köln zu errichten.
679 Das Konzept Radschnellwege für die Region Rheinland bietet dafür eine sorgfältig
680 ausgearbeitete Grundlage.

681 Die Pläne sind, bezogen auf die Abschnitte innerhalb des bewohnten Kölner
682 Stadtgebiets, neu zu evaluieren und auf den Strecken, wo der Ausbau zu
683 Radschnellwegen positiv bewertet wird, muss dieser realisiert werden.

684 Im Rahmen der regionalen Prüfung werden die Strecken

685

- 686 - Köln-Frechen
- 687 - Köln-Pulheim,
- 688 - Köln/Porz-Troisdorf
- 689 - Der innerstädtische Ring

690

691 vorangetrieben. Als einzige Strecke wird bisher der Radschnellweg Köln-Frechen
692 realisiert. Aber auch Strecken, die wegen der außerstädtischen Wegführung
693 zurückgestellt wurden, sollten unter ausschließlicher Berücksichtigung der Kölner
694 Abschnitte neu geprüft werden. Solche sind beispielsweise:

695

- 696 - Köln-Wesseling-Bornheim-Bonn,
- 697 - Köln/Deutz-Rösrath oder Köln-Hürth

698

699 Außerdem muss die Stadtverwaltung Konzepte zur besseren Anbindung des Kölner
700 Nordens erarbeiten, der in dem Konzept Radschnellwege für die Region Rheinland
701 nicht berücksichtigt wird.

702

703 **Begründung:**

704

705 Weil durch den, über die Kölner Stadtgrenzen hinausgehenden, Ausbau hohe Kosten
706 erwartet werden und insbesondere außerhalb der Stadtgrenzen unterschiedliche
707 Einschränkungen den Ausbau erschweren, wurden die meisten Pläne zurückgestellt.

708

709 Wenn Köln über ein grobes Netz an gut ausgebauten Radwegen verfügen würde,
710 reduziert dies die Fahrtzeit um mehrere Minuten und verursacht sowohl bei
711 langsamen, wie auch bei schnellen Radfahrern weniger Stress. Im Beispiel des
712 Radschnellweges Köln-Frechen gehen die Planer von einer Reisezeitverkürzung von
713 20 min aus, was knapp der Hälfte der bisherigen Reisezeit entspräche. Zugleich wird
714 angenommen, dass 20 % des motorisierten Individualverkehrs auf das Fahrrad
715 verlagert würden. Diese Maßnahme würde zur Verbesserung der Lebensqualität
716 beitragen und das Verkehrsaufkommen sowie die innerstädtische Luftverschmutzung



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

717 senken. Zu den Hauptverkehrszeiten ist ein Radfahrer mancherorts bereits jetzt
718 schneller als ein Autofahrer auf der danebenliegenden Fahrbahn.

719
720 In seinem Leitantrag zum UB-Parteitag im März 2013 (Z. 101 ff) hat der Vorstand
721 bereits prognostiziert, dass der Radverkehr, aufgrund anhaltender Entwicklungen, in
722 Zukunft zunehmen wird. An die damalige Forderung nach einem gut „ausgebauten,
723 attraktiven, städtischen und überregionalen Radwegenetz, das den kommenden
724 Entwicklungen Stand hält“ schließt dieser Antrag an.

725
726 Welche ungebrochene Relevanz das Thema Radverkehr und Mobilität für die Stadt
727 Köln hat, zeigt auch der Antrag der Jusos Köln vom UB-Parteitag im März 2017. In
728 diesem fordern die Jusos eine Ausweitung der Kooperation mit nextbike (KVB-bikes)
729 auf alle Kölner Veedel.

730

731

732

733

734

735

736

737

738

739

740

741

742

743

744

745

746

747

748

749



KS 2	
Kölner Wohnungsmarkt	
Antragsteller:	OV Nippes
Weiterleitung an:	SPD-Ratsfraktion

750

751

752 Der Ortsverein Nippes beantragt, die SPD Ratsfraktion soll durch Anträge und
753 Vorlagen auf die angespannte Situation auf dem Kölner Wohnungsmarkt reagieren.
754 Dabei soll sie insbesondere die folgenden Ziele verfolgen:

- 755 1. Eine weitere Verdichtung des Wohnungsbaus muss besonders gefördert
756 werden. Sowohl das Schließen von Baulücken als auch höhere Bebauung
757 müssen konsequent verfolgt werden.
- 758 2. Die Stadt Köln muss in die Breite wachsen. Neue Veedel in den
759 Randgebieten sind notwendig.
- 760 3. Bei jeder Erweiterung des Wohnbestands ist insbesondere für eine gute
761 Infrastruktur bezogen auf Bildung, Soziales und Verkehr (ÖPNV) zu
762 sorgen.
- 763 4. Der Erlass von weiteren Milieuschutzsätzen und -gebieten ist
764 notwendig. Damit soll eine Verdrängung der ursprünglich ansässigen
765 Bevölkerung verhindert werden.
- 766 5. Der Zweckentfremdung am Kölner Wohnungsmarkt, insbesondere durch
767 die nicht genehmigte gewerbliche Nutzung, ist entgegenzuwirken. Die
768 vorhandene Wohnraumschutzsatzung ist konsequent anzuwenden.
- 769 6. Die Stadt soll nicht als Verkäufer, sondern als Käufer auf dem Markt
770 auftreten. Verkäufe sollen ausschließlich an die
771 Wohnungsbaugenossenschaften, stadt eigene Gesellschaften und die GAG
772 AG erfolgen. Ziele sollen eine soziale Durchmischung und der soziale
773 Wohnungsbau sein. Das Belegungsrecht der Stadt für einen Teil der
774 Wohnungen muss vereinbart werden.
- 775 7. Die Stadt Köln soll das ihr zustehende Vorkaufsrecht bei
776 Grundstückverkäufen stringent anwenden, um für den Wohnungsbau
777 geeignete Grundstücke zu erwerben.
- 778 8. Die Stadt Köln wird für die Bezieher von Sozialleistungen, namentlich
779 ALG2 und für Geflüchtete/Asylberechtigte, als Zwischenmieter auf dem
780 Wohnungsmarkt auftreten.
- 781 9. Die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, dass für städtische Mitarbeiter und
782 Mitarbeitern in Mangelberufen und sozialen Berufen bevorzugt Wohnraum
783 durch die Stadt oder ihre Gesellschaften zur Verfügung gestellt wird.

784

785

786



787 **Begründung:**

788 Die Krise am Kölner Wohnungsmarkt betrifft die gesamte Bevölkerung der Stadt und
789 sämtliche Veedel. Die SPD muss in diesem Bereich eine Vorreiterrolle übernehmen
790 und zeigen, dass nur die SPD die Ängste und Nöte der Menschen in diesem Bereich
791 ernstnimmt. Dies macht eine Kölner Initiative zum Wohnungsmarkt unumgänglich.
792 Die vom OV vorgeschlagenen Ziele sind nicht abschließend, sollen aber den
793 Startschuss für die Kölner Initiative Wohnungsmarkt darstellen.

794 Dabei lassen sich insbesondere zwei Problemkreise der Bürger ausmachen:

795 Erstens ist der Bestand an Wohnungen insgesamt zu klein. Die Stadt geht selbst
796 davon aus, dass bis 2030 mindestens 65.000 neue Wohnungen gebaut werden
797 müssen. Ein Teil der bereits vorhandenen Wohnungen wird überdies
798 zweckentfremdet verwendet. Einer der Gründe für die hohen Mieten in
799 Ballungsräumen ist zudem auch der zu geringe Bestand an Wohnungen. Hieraus
800 folgt, dass die Stadt dringend wachsen muss, um auch dem Zuzug und somit den
801 künftigen Bürgern der Stadt genügend Wohnraum zu bieten. Hierzu ist eine
802 Verdichtung des bestehenden Wohnraums unumgänglich. Köln muss sowohl in die
803 Höhe als auch in die Breite wachsen. Auch ist einer übermäßigen Gentrifizierung und
804 der Zweckentfremdung von Wohnraum entgegenzutreten.

805 Zweitens trifft die schwierige Marktlage insbesondere diejenigen, die wenig haben.
806 Der soziale Wohnungsbau ist für Bezieher von Sozialleistungen oftmals die einzige
807 Möglichkeit, an Wohnungen in Köln zu kommen. Dabei werden sie als Mieter am
808 Markt benachteiligt, da die Vermieter Sorge haben, dass diese Mieter nicht in der
809 Lage sein werden, die Miete zu entrichten. Der soziale Wohnungsbau ist daher
810 dringend auszubauen. Auch ist zu prüfen, ob die Stadt als „Zwischenmieter“ wieder
811 am Markt auftritt, um den Bedürftigen die Wohnungen zur Verfügung zu stellen. In
812 diesem Fall fällt die Hemmschwelle für Vermieter weg, denn ein Ausbleiben der
813 Miete wäre ausgeschlossen. Dabei sollte im Haushalt für eine entsprechende
814 Anschubfinanzierung gesorgt werden. Um an entsprechende Wohnungen zu
815 gelangen, ist auch zu prüfen, ob Immobilienmakler mit der Suche nach
816 entsprechenden Wohnungen beauftragt werden.

817 Der knappe Wohnungsmarkt führt insbesondere auch dazu, dass dringend benötigte
818 Arbeitskräfte nicht gefunden werden. Dies betrifft zum einen städtische Bedienstete,
819 aber auch Arbeitnehmer in sog. Sozialen Berufen (bspw. Pflegekräfte, ErzieherInnen,
820 etc.).

821

822

823

824

825

KS 3	
Grundversorgung mit Wohnungsangeboten in Köln	
Antragsteller:	OV Nippes
Weiterleitung an:	SPD-Ratsfraktion

826

827 Die SPD-Ratsfraktion soll die bereits vorhergegangenen Initiativen zum Erhalt preiswerten
 828 Wohnraums und zur Verbesserung der allgemeinen Wohnungssituation in Köln durch einen
 829 Antrag auf eine Ausweitung des städtischen Wohnungsbestandes zur Versorgung von
 830 besonders benachteiligten Gruppen und prekären Einzelfällen ergänzen.

831

832 Dabei zählen insbesondere solche Bevölkerungsgruppen und einzelne problematische
 833 Versorgungssituationen, die auf dem äußerst angespannten Wohnungsmarkt aktuell keine
 834 Chancen haben und auch von einer intensivierten Bautätigkeit auf absehbare Zeit nicht
 835 profitieren werden.

836

837 Dabei handelt es sich

838

- 839 - um Menschen mit schwereren Behinderungen, die wegen unzureichender
 840 Wohnungsangebote bis ins höhere Alter nicht eigenständig leben können, bei
 841 Eltern oder Verwandten wohnen oder in Notlagen in Heimen oder
 842 Seniorentagestätten untergebracht sind,
- 843 - um Menschen mit altersbedingten Mobilitätsverlusten,
- 844 - um Menschen, die aus gesundheitlichen, physischen oder psychischen
 845 Erkrankungen, aus finanzieller Notlage oder durch den Zerfall familiärer
 846 Strukturen obdachlos geworden sind,
- 847 - in vielen Fällen um Frauen, kinderlos oder mit Kindern, die in einer solchen
 848 Notlage besonders gefährdet sind,
- 849 - um Familien, die aufgrund ihrer Größe weder Wohnungen mit ausreichendem
 850 Wohnraum finden noch bezahlen können,
- 851 - aber auch um Einzelfälle, bei denen aufgrund ihres nicht erträglichen
 852 Sozialverhaltens den Nachbarn und Mitbewohnern das Zusammenleben nicht
 853 zuzumuten ist und bei denen für diese und oft auch für die Angehörigen der
 854 betreffenden Person besonderer Schutz durch Separierung der Wohnung
 855 gewährleistet werden muss.

856

857 Die Sicherung von Wohnraum und die angemessene soziale und wirtschaftliche Betreuung
 858 für diese Gruppen und Einzelpersonen ist eine unabdingbare Aufgabe kommunaler
 859 Daseinsvorsorge, die nicht über den freien Markt erfolgt und auch nicht durch
 860 genossenschaftliche Anbieter gewährleistet werden kann.

861

862 Für diese Aufgabe sollen das städtische Wohnungsamt und die
 863 Wohnungsversorgungsbetriebe strukturell mit Wohnungsangeboten zur Erst- und
 864 Grundversorgung ausgestattet und finanziell und personell stärker auf präventive Aktivitäten
 865 ausgerichtet werden.

866

867 **Begründung:**



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

868 Die bisher von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen und teilweise übernommenen Vorschläge
869 zum Wohnungsbau beziehen sich vor allem auf den Neubau und den Erhalt preiswerten
870 Wohnraums. Ergänzend dazu ist gerade für Minderheiten und soziale Gruppen mit
871 besonderen Problemlagen eine Wohnversorgung erforderlich, die aus politischer und sozialer
872 Verantwortung von der Verwaltung sichergestellt werden muss. Diese Vorsorgeleistung ist
873 unabhängig von der Marktlage zu erbringen.

874
875

876

877

878

879

880

881

882

883

884

885

886

887

888

889

890

891

892

893

894

895

896

897

898

KS 4	
Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten	
Antragsteller:	AsF
Weiterleitung an:	SPD-Ratsfraktion

899

900 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

901 Die KölnSPD fordert die SPD Fraktion im Rat der Stadt Köln auf sich dafür
902 einzusetzen, die Maßnahmen zum Schutz von Personen in der Prostitution und die
903 Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten zu erweitern.

904 Wir fordern Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland und solidarische Lösungen,
905 um Armut und sozialer Ungleichheit zu begegnen. Prostitution darf keine Lösung zur
906 Bekämpfung der Armut sein. Daher müssen in Deutschland Konzepte zum Ausstieg
907 aus der Prostitution umgesetzt werden und Armutsprostitution bekämpft werden.
908 Darüber hinaus müssen Betreiber*innen von Bordellen, sowie die Kommunen noch
909 stärker in die Verantwortung genommen werden und jede Form der
910 Arbeitsausbeutung stärker geahndet werden. Wir fordern daher, dass vor allem die
911 Betreiberpflichten nach Prostitutionsschutzgesetz konsequenter nachverfolgt werden.
912 Zudem fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- 913 ▪ Die Einnahmen aus der Sexsteuer/Vergnügungssteuer durch Prostitution
914 sollen im Haushalt offengelegt und die Einnahmen zu mindestens 70% für
915 Maßnahmen zur Beratung und zur Ausstiegshilfe von Prostituierten eingesetzt
916 werden.
- 917 ▪ Bußgelder, die im Rahmen von Prostitution eingenommen werden, sollen
918 ebenfalls zu mindestens 70% für Ausstiegsprojekte verwendet werden.
- 919 ▪ Die Stadt Köln erweitert das Angebot an Beratungsstellen für Menschen in der
920 Prostitution, die auch zum Thema Ausstieg beraten.
- 921 ▪ Betreiber*innen von Prostitutionsgewerben müssen stärker kontrolliert
922 werden, dass sie, wie in der Durchführungsverordnung von NRW
923 festgeschrieben, Quittungen über gezahlte Leistungen ausstellen.
- 924 ▪ Wir begrüßen die Möglichkeit der sogenannten Alias-Bescheinigung.
925 Anmeldepflichtige Sexarbeiterinnen sollen unter ihrem „Künstlernamen“
926 arbeiten dürfen, um eine Stigmatisierung zu vermeiden. Die zuständigen
927 Ordnungsämter der Stadt Köln sollen von dieser Möglichkeit Gebrauch
928 machen.
- 929 ▪ Das Angebot an der Geestemünder Str. soll erweitert werden und auch
930 zugänglich für Menschen in der Prostitution sein, welche die deutsche
931 Sprache nicht beherrschen. Allen Menschen in der Prostitution muss die
932 Möglichkeit geboten werden vom Hilfsangebot zu profitieren.

933 **Begründung:**

934 In dem vorliegenden Antrag wird von weiblicher und männlicher Prostitution
935 gesprochen. Frauen stellen allerdings die deutliche größere Gruppe der
936 Prostituierten. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass Frauen durch sexistische
937 und patriarchale Strukturen in die Prostitution gedrängt/gezwungen werden.
938 Prostitution ist überwiegend weiblich. Die Sexkäufer*innen dagegen überwiegend
939 männlich.

940 Durch die Legalisierung der Prostitution in Deutschland ist die Zahl der Personen, die
941 durch prekäre Lebenssituationen in die Prostitution gedrängt werden, stark
942 gestiegen. Darüber hinaus sind Menschen in der Prostitution, auch mit der
943 Einführung des neuen Prostituiertenschutzgesetzes in Deutschland, weiterhin von
944 Ausbeutung und Gewalt bedroht. Innerhalb des Prostitutionsgewerbes finden
945 überdurchschnittlich häufig strafbare Handlungen wie beispielsweise gewaltsame
946 Übergriffe gegen Frauen und Männern in der Prostitution statt.

947 Ein Großteil der Menschen, die in Deutschland der Prostitution nachgehen, kommt
948 aus dem (europäischen) Ausland und unterstützt die Familie im Heimatland
949 finanziell. Dieser Personenkreis ist besonders vulnerabel und schutzbedürftig, da sie
950 in Deutschland häufig unter schlechten Bedingungen arbeiten müssen, wenig bis gar
951 kein Deutsch sprechen, ihre Rechte nicht kennen und nicht über mögliche
952 Hilfsangebote informiert sind. Dies führt beispielsweise dazu, dass viele Frauen (in
953 Bordellen und Laufhäusern arbeiten ausschließlich Frauen und Transfrauen) keine
954 Quittungen über geleistete Steuerabgaben und Mieten erhalten. Dadurch wird es
955 nahezu unmöglich staatliche Transferleistungen zu beziehen und finanzielle
956 Unabhängigkeit und damit ein Ausstieg aus der Prostitution wird deutlich erschwert.

957 Die Strategie zur Bekämpfung von Armut in Europa darf nicht in der Prostitution
958 liegen. Ziel muss daher die Reduzierung und langfristig die Abschaffung der
959 Prostitution, in Anlehnung an das nordische Modell, sein. Dies ist nur möglich, wenn
960 die Gesellschaft in Deutschland Prostitution moralisch, politisch und gesetzlich
961 kritisch in den Fokus nimmt und nach möglichen Alternativen sucht.

962 Verantwortung tragen auch Kommunen, die über die Vergnügungssteuer zusätzliche
963 Einnahmen durch die Prostitution erzielen. Diese Gelder sollten gezielt dafür
964 eingesetzt werden, die negativen Auswirkungen von Prostitution auf die
965 Stadtgesellschaft zu verringern und die Situation für Menschen in der Prostitution zu
966 verbessern.

967 Der Staat muss sich daher darum bemühen, Ursachen wie Armut zu beseitigen, die zu
968 einem ökonomischen Zwangseinstieg in die Prostitution führen, und durch Konzepte und
969 Programme den Ausstieg aus der Prostitution zu erleichtern, zu unterstützen und zu fördern.
970 Des Weiteren sollen Prostituierte wirksamer vor Ausbeutung und Gewalt geschützt
971 werden.



972

KS 5	
Flucht und Migration als ein Schwerpunkt der SPD in Köln	
Antragsteller:	AG Flucht und Migration KölnSPD über UBV
Weiterleitung an:	SPD-Ratsfraktion

973

974 (Der Antrag wurde von der AG Flucht und Migration der Parteiversammlung Anfang
975 Dezember und auf zwei weiteren Sitzungen erarbeitet. Die AG hatte sich auf zwei
976 Schwerpunkte verständigt, die sich im Antrag abbilden)

977 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

978 I: Thesen zur Neuorientierung

979 Erstens: Die Landtagwahlen wie die Bundestagswahl war weitgehend von den
980 Themen Flucht und Migration bestimmt. Nach wie vor ist die überwiegende Mehrheit
981 der Menschen in Deutschland bereit, Geflüchtete nach den Regeln des
982 internationalen Rechts und des Grundgesetzes aufzunehmen und sie zu integrieren.
983 Dem entspricht auch unser Bundestagswahlprogramm.

984 Wenn es die SPD dennoch nicht vermocht hat, auch für diese Positionen
985 ausreichend Wählerinnen und Wähler zu gewinnen, so liegt dies zum einen an den
986 von Teilen der Unionsparteien, Teilen der FDP und vor allem von der AfD geschürten
987 Ängsten, Vorurteilen bis hin zum verdeckten oder gar offenen Rassismus. Diese
988 Kampagnen gegen Geflüchtete wurden von vielen Medien aufgegriffen und verstärkt.
989 Für Wählerinnen und Wähler, auch solchen die früher die SPD gewählt hatten,
990 wurden Geflüchtete bzw. die ihnen zustehenden Leistungen der Unterkunft, der
991 Versorgung und Integration, zur Projektionsfläche für bestehende Defizite und
992 offensichtliche Mängel im Wohnungsbau, im Bildungswesen, bei den
993 Sozialleistungen oder auch bei der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Zum
994 anderen hat die Wahlkampfstrategie der SPD in NRW und auch im Bund das Thema
995 Flucht und Migration viel zu defensiv, ohne klare Linie, ohne eine positive Botschaft
996 an unsere Wählerinnen und Wähler behandelt. Mal wurde die Union rechts überholt,
997 brüsteten sich SPD Innenpolitiker mit einer harten Linie zur Abschiebung, mal wurde
998 eine humanistische Position vertreten. Das Thema Flucht und Migration war und ist
999 kein zentrales Thema für die SPD, aber es hat die auf soziale Gerechtigkeit
1000 ausgerichtete Kampagne weitgehend überlagert. Notwendig ist darum eine
1001 Vertiefung der Programmatik der SPD und Stärkung ihrer politischen Kompetenz
1002 angesichts der Herausforderungen von Flucht und Migration, die eine ebenso
1003 realistische wie humanistische Orientierung bietet auch unter dem Aspekt der
1004 sozialen wie der inneren Sicherheit



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1005 Zweitens: Wir leben in der einen Welt, deren Märkte für Kapital, Güter,
1006 Dienstleistungen und deren Kommunikationssysteme weltweit verflochten sind.
1007 Waffenexporte und Aufrüstung, Kämpfe um Macht und Einflusszonen, Kriege und
1008 Bürgerkriege haben globale Auswirkungen und damit auch auf Deutschland. Der
1009 internationale Terrorismus ist die eine Seite, die Flucht von Opfern des Terrors, der
1010 Kriege und Bürgerkriege und der politischen Verfolgung die andere. Aber auch die
1011 ungleichen und ungerechten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen
1012 wirtschaftlich starken und Entwicklungs- oder Schwellenländern, der Klimawandel
1013 und seine Folgen, Armut und Perspektivlosigkeit motivieren Menschen zur
1014 Auswanderung. Europa bleibt das Ziel von Geflüchteten aus dem Nahen und
1015 Mittleren Osten wie von Migrantinnen und Migranten vor allem aus Afrika. Wenn die
1016 EU darauf setzt mit einer Politik der Abschottung und der Abwehr Geflüchtete wie
1017 Migrationswillige fern halten zu können, so ist dies unrealistisch. Die Preise für die
1018 Schleuserbanden werden steigen ebenso wie die Zahl der Opfer, aber die Menschen
1019 werden kommen. Nur eine Politik, die dies den Menschen, die hier leben, deutlich
1020 und klar sagt und zugleich Antworten anbietet, wie damit solidarisch umzugehen ist,
1021 wird auf Dauer glaubwürdig sein.

1022 Drittens: Die Antwort muss vor allem eine europäische sein. Sie richtet sich zum
1023 einen nach außen, das heißt sie fragt nach den politischen und wirtschaftlichen
1024 Beziehungen der EU zu Afrika und zum Nahen und Mittleren Osten. An erster Stelle
1025 muss eine Politik für Entwicklung und Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe
1026 stehen, die die ungleichen Handelsbeziehungen abbaut und mit neuen Ansätzen vor
1027 allem lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe aber auch den Export afrikanischer
1028 Länder nach Europa stärkt. Dabei muss auch die Politik europäischer Konzerne
1029 kritisch begleitet und darf etwa bei der Missachtung von Menschenrechten oder bei
1030 Umweltzerstörungen nicht auch noch staatlich subventioniert werden.

1031 Dies gilt auch für die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen und für
1032 andere Felder der Entwicklungspolitik wie Bildung, Infrastruktur usw. Dafür muss
1033 mehr Geld zur Verfügung gestellt werden.

1034 Hinzu kommt der Stopp aller Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete. Nur
1035 wenn die Kriegsführenden Parteien keine Waffen mehr bekommen und wenn der
1036 Waffenhandel auch bekämpft wird, bestehen Chancen solche Konflikte
1037 einzudämmen. Auslandshilfe vor allem als Hilfe zur Selbsthilfe der Bevölkerung muss
1038 Vorrang haben vor Auslandseinsätzen auf Grund eines Beschlusses des Deutschen
1039 Bundestags.

1040 Notwendig ist ein globaler Politikwechsel, nicht nur damit Menschen nicht mehr
1041 flüchten müssen, sondern vor allem um das Überleben der Menschheit auf diesem
1042 Planeten noch zu ermöglichen.

1043 Viertens: Die europäische Asyl- und Einwanderungspolitik fällt in die Kompetenz der
1044 Mitgliedsstaaten. EU weiten Regelungen als Verordnungen (vor allem Dublin VO)



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1045 müssen alle zustimmen, Richtlinien (Verfahren, Anerkennung usw.) müssen in
1046 vielen Bereichen national umgesetzt werden. Die EU ist darüber tief gespalten.
1047 Dennoch müssen als erstes die bereits beschlossenen Menschenrechtlichen
1048 Standards in allen EU Staaten wirksam umgesetzt und Länder wie Ungarn, Polen
1049 usw. die diese nicht umsetzen, sanktioniert werden.

1050 Mit der Aufnahme von Flüchtlingskontingenten zu Beginn des Bürgerkriegs in Syrien,
1051 dem EU Türkei Abkommen sowie dem Transport von gefangenen und misshandelten
1052 Geflüchteten aus Libyen über den UNHCR eröffnete die EU die legale Einreise von
1053 Schutzsuchenden nach Europa. Diese muss die Regel werden und den Geflüchteten
1054 muss in einem EU weiten Prüfungs- und Aufnahmeverfahren ein rechtlich
1055 einwandfreies Anerkennungsverfahren und eine Bleibeperspektive gewährleistet
1056 werden. Pauschale Regelungen wie die der sicheren Herkunftsländer oder
1057 Drittstaaten müssen abgeschafft werden. Eine gute Integration der Geflüchteten und
1058 ihrer Familien kann bereits jetzt auch im laufenden Anerkennungsverfahren oder
1059 auch in der Duldung zu einem dauerhaften Bleiberecht führen. Diese Regelungen
1060 müssen erleichtert werden.

1061 Der Familiennachzug auch bei Geflüchteten mit subsidiären Schutz muss ebenso
1062 gewährleistet werden, wie Hilfen zur Rückkehr, wenn dies von den Geflüchteten
1063 gewünscht wird. Abschiebungen abgelehnter Schutzsuchender dürfen nur erfolgen,
1064 wenn ihre Menschenrechte gewahrt sind.

1065 Diese Positionen müssen wir vor allem jetzt offensiv vertreten. Denn Kommission
1066 und Rat der EU beraten über eine Neufassung des gesamten Regelwerkes des
1067 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems mit dem Ziel den Flüchtlingsschutz
1068 verstärkt auf Drittstaaten außerhalb der EU zu verlagern. Dafür soll das Konzept
1069 sicherer Drittstaaten ausgeweitet und zwingend an den europäischen Außengrenzen
1070 angewandt wird, sodass Schutzsuchende ohne inhaltliche Prüfung der Asylgründe in
1071 Dritt- oder Herkunftsländer zurückverwiesen werden können. Wohlfahrtsverbände,
1072 Pro Asyl und Amnesty befürchten, dass damit der Zugang von Asylbewerberinnen
1073 und Asylbewerber zum individuellen Recht auf Asyl, wie der in der Genfer
1074 Flüchtlingskonvention und auch im Grundgesetz garantiert ist, verhindert wird.

1075 Der Versuch, die Festung Europa weiter abzuschotten und Flucht und
1076 Migrationsbewegungen fern zu halten, wird auf Dauer nicht funktionieren, aber die
1077 demokratische Substanz und die Europäische Union als Wertegemeinschaft
1078 aushöhlen wenn nicht zerstören.

1079 Fünftens: Europa braucht eine kohärente Einwanderungspolitik. Beispielsweise mit
1080 der sogenannten Blue card können qualifizierte Fachkräfte einwandern. Aber dies
1081 reicht bei weitem nicht aus, um den Wanderungsbewegungen vor allem junger
1082 Menschen aus Afrika gerecht zu werden. Darum müssen europäische und solange
1083 dies nicht möglich ist, großzügige nationale – und damit deutsche gesetzliche
1084 Regelungen zur Einwanderung verabschiedet werden. Migrantinnen und Migranten



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1085 hatten und haben für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft oder auch für
1086 die Bewältigung der Herausforderung einer alternden Gesellschaft eine hohe
1087 Bedeutung. Es geht aber nicht nur um die soziale oder ökonomische Nützlichkeit von
1088 Eingewanderten für Deutschland oder Europa, sondern ebenso um den Nutzen für
1089 die Einwandernden und ihre Herkunftsländer. Viele Familien leben dort von den
1090 Überweisungen der Migranten. Sie ist bei kleineren afrikanischen Staaten höher als
1091 die Entwicklungshilfe. Migranten können und wollen sich hier qualifizieren und damit
1092 dann auch wieder in ihren Herkunftsländern Werte schaffen. Einwanderung kann
1093 aber nur gelingen, wenn in den Einwanderungsländern gute und sichere
1094 Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden, Migrantinnen und Migranten nicht
1095 ausgebeutet und auch für sie menschenwürdige Lebensbedingungen geschaffen
1096 werden.

1097 Sechstens: Flucht- und Wanderungsbewegungen verunsichern viele Menschen. Sie
1098 haben Angst vor den Fremden, wenig Wissen und Kenntnisse woher die Menschen
1099 kommen, über ihre Sprache und kulturellen Gewohnheiten und kennen kaum
1100 Geflüchtete und Eingewanderte. Darum hat demokratische Politik die Aufgabe,
1101 Fremdheit zu überwinden, für Zusammenhalt und für eine humane Asyl- und
1102 Einwanderungspolitik zu werben, den Menschen die Herausforderungen zu erklären
1103 und vor allem dafür zu sorgen, dass die notwendigen Ressourcen bereitstehen und
1104 die bestehenden Engpässe etwa bei bezahlbarem Wohnraum, im Bildungssystem,
1105 auf dem Arbeitsmarkt überwunden werden nicht weil, sondern auch weil Geflüchtete
1106 und Migranten kommen.

1107 Die Asyl- wie die Einwanderungspolitik muss gestaltet werden und kontrolliert
1108 verlaufen. Wer Schutz sucht, erhält sofort Integrationsangebote, Kinder und
1109 Jugendliche Schulplätze, der Zugang zu Arbeit und Ausbildung wird eröffnet ohne
1110 das Kriterium einer Bleibereichtsperspektive. Diese Angebote für müssen auch den
1111 Einwanderern gemacht werden. Ziel ist es, dass neu Angekommene möglichst
1112 schnell ein selbstbestimmtes Leben führen können. Das ist eine Aufgabe für die
1113 Bildungs- Arbeitsmarkt-, die Wohnungs- und Stadtpolitik ebenso wie die von
1114 Arbeitgebern, Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Organisationen und
1115 Institutionen.

1116 Wer hier angekommen ist und sicher lebt, integriert sich und akzeptiert die Regeln
1117 unserer Gesellschaft. Die politische Federführung für die Asyl und
1118 Einwanderungspolitik ist bei den Innenministerien und den Sicherheitsbehörden auf
1119 die Gefahrenabwehr tatsächliche oder vermeintliche Sicherheitsrisiken ausgerichtet
1120 und nicht auf schnelle Integration. Darum muss die Asyl- und Einwanderungspolitik in
1121 die Kompetenz einer eigenen Institution gelegt werden. (Ausländer- bzw.
1122 Integrationsämter oder Dezernate auf lokaler, Integrationsministerien auf
1123 Länderebene und im Bund)



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1124 Wir brauchen einen Paradigmenwechsel und einen Wechsel der Verantwortlichen
1125 Akteure in der Flüchtlings- und Migrationspolitik – statt Abwehr und Abschottung,
1126 Aufnahme und Integration!

1127 II. Schwerpunkte sozialdemokratischer Integrationspolitik in der Stadt Köln

1128 Wandel zu einer Stadt der Vielfalt gestalten!

1129 Die Kölner SPD stellt sich der Herausforderung, den tiefgreifenden Wandel der
1130 Bevölkerung in Köln positiv zu gestalten und für ein gutes Zusammenleben und
1131 Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung,
1132 weltanschaulicher und religiöser Orientierung zu sorgen.

1133 2017 hatte jeder vierte Einwohner in Köln einen ausländischen Pass. In den
1134 Altersgruppen der unter 18-jährigen Kölnerinnen und Kölner sind bereits die Hälfte
1135 Kinder aus eingewanderten Familien. Der positive demographische Wandel wird vor
1136 allem von den Familien Eingewanderter getragen.

1137 Eingewanderte leisten einen wesentlichen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung
1138 und auch zum Steueraufkommen, zum kulturellen Angebot und zur Attraktivität der
1139 Stadt Köln. Sie bereichern unsere Stadt. Aber sie müssen immer noch zu viele
1140 Hürden auf dem Weg zu gleicher Teilhabe überwinden. Immer noch zu vielen
1141 Eingewanderten werden nach wie vor auf dem Arbeitsmarkt, in der Arbeitswelt, im
1142 Bildungssystem, auf dem Wohnungsmarkt und bei der Inanspruchnahme öffentlicher
1143 Dienstleistungen gleiche und gerechte Chancen verwehrt.

1144 Die Leistungen der Eingewanderten für unsere Stadt und die Herausforderungen
1145 ihrer Integration in die Stadtgesellschaft wurden und werden in der Kölner Politik
1146 vernachlässigt. 2011 wurden mit dem Konzept einer integrativen Stadtgesellschaft
1147 Handlungsaufträge an Rat und Verwaltung erarbeitet und beschlossen, die aber viel
1148 zu zögerlich umgesetzt werden. Erste Schritte wie ein Integrationsbudget oder die
1149 Benennung eines Koordinators für Flüchtlingsfragen bei der OB reichen nicht aus.
1150 Viele Ämter und Dezernate arbeiten an dem Thema, es fehlt jedoch eine
1151 übergreifende Koordinierung und eine zentrale politische Steuerung und
1152 Verantwortung. Gleichwohl gibt es Fortschritte und gute Erfahrungen. Aber
1153 Fortschritte in der Integration in der frühkindlichen Förderung, im Schulwesen, in der
1154 Arbeit der interkulturellen Zentren, durch das kommunale Integrationszentrum oder in
1155 vielen Projekten freier Träger und in Diversity Projekten in Unternehmen müssen
1156 ausgebaut werden, um die Wege in eine gelingende Integration zu verkürzen.

1157 Ein wesentlicher Faktor für eine gelingende oder misslingende Integration ist der
1158 Aufenthaltsrechtliche Status der Betroffenen. Das Aufenthaltsrecht ist hochkomplex
1159 und von politischen Kontroversen belastet und wird von bundespolitischen
1160 Entscheidungen bestimmt. Dennoch haben Kommunen einen Handlungs- und
1161 Entscheidungsspielraum, der in Köln immer wieder für humanitäre Lösungen genutzt



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1162 wurde. Für eine schnelle und sichere Integration - mit diesem Ziel muss auch die
1163 Ausländerbehörde ausgebaut und gestärkt werden.

1164 Fazit. Köln braucht eine zusammenhängende, mit ausreichend Mitteln ausgestattete und
1165 zentral verantwortete Integrationspolitik, die von der Stadt wie der Stadtgesellschaft
1166 gemeinsam getragen wird.

1167 Geflüchtete besser integrieren!

1168 Bei der Aufnahme von mehr als 15 000 Geflüchteten seit 2015 ist die Stadt anfangs
1169 an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gestoßen. Der Mangel an bezahlbarem
1170 Wohnraum, an ausreichenden Plätzen in der frühkindlichen Förderung, an den
1171 Schulen und Angeboten in der Aus- und Weiterbildung, der seit einigen Jahren
1172 besteht, hat sich in dieser Situation deutlich bemerkbar gemacht und zu Konflikten in
1173 der Stadtgesellschaft geführt.

1174 Eine Interessenübergreifende Integrationspolitik muss die Interessen der
1175 einheimischen Wohnbevölkerung und der neu Angekommenen bzw. Einwandernden
1176 in Übereinstimmung bringen. Bezahlbare Wohnungen stehen dabei an erster Stelle.
1177 Geflüchtete haben die Turnhallen geräumt und viele sind in größere
1178 Gemeinschaftsunterkünfte umgezogen. Um sie gut zu betreuen, muss der
1179 Mindeststandard von max. 60 Untergebrachten pro Unterkunft eingehalten werden.
1180 Durch das Auszugsmanagement konnten in den letzten drei Jahren über 1000
1181 Geflüchtete in Wohnungen vermittelt werden. Neue Projekte – wie in Marienburg –
1182 sollen jetzt Wohnungen für Geflüchtete und sozial schwache Menschen bauen.
1183 Solche Modelle müssen fortgesetzt und verbreitert werden. Integration wird
1184 gefördert, wenn alle, die Wohnungen brauchen, erkennen, dass für sie gemeinsam
1185 neue Wohnungen entstehen.

1186 Eine große Herausforderung stellt die Betreuung Alleinreisender dar. Sie brauchen
1187 Angebote über die Unterkunft hinaus – in Bildung, Arbeit und Freizeit.

1188 Hilfreich für ein Ankommen in Köln waren und sind die Willkommensinitiativen. Sie
1189 haben sich hervorragend um Geflüchtete gekümmert. Ihr Elan lässt aber nach. Aus
1190 ihnen könnten Nachbarschaftsinitiativen werden, die von der sozialen Arbeit im
1191 Stadtteil gestützt werden und Geflüchtete einbinden und unterstützen. Auch die
1192 Migrant Communities sollten in diese Aufgaben eingebunden werden. Diese
1193 haben in Einwanderungsgesellschaften eine hohe Bedeutung für die Integration der
1194 neu Angekommenen.

1195 Vorrangiges Ziel auch für die Integration von Geflüchteten ist der Bau von
1196 bezahlbarem Wohnraum. Dieser muss in Köln für alle Menschen mit
1197 Wohnberechtigung entstehen und auch eine bessere Einbettung der Geflüchteten in
1198 den Stadtteil ermöglichen.

1199



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1200 Für mehr Chancengleichheit und Integration im Bildungswesen sorgen!

1201 Integration im Stadtteil muss mit der Integration in der Bildung einhergehen.

1202 Das beginnt in der frühkindlichen Förderung, die an die Erzieherinnen und Erzieher
1203 hohe Anforderungen stellt. Darum muss deren interkulturelle Kompetenz gestärkt
1204 und über den Personalschlüssel in solchen Einrichtungen mit vielen neu
1205 angekommenen gesprochen werden und besondere Unterstützungsmaßnahmen für
1206 die Eltern entwickelt werden. Sowohl bei Geflüchteten wie bei Eingewanderten ist
1207 dies notwendig.

1208 Das von der Stadt wie vom Land NRW gemeinsam verantwortete Bildungswesen
1209 fördert weder die Integration noch umfassende Bildung, Mündigkeit und
1210 Selbstbestimmung in ausreichendem Maße. Auch wenn für Köln keine neuesten
1211 Zahlen vorliegen, so liegen die Integrationsleistungen der Grund- und Hauptschule,
1212 der Realschulen und Gesamtschulen deutlich über der der Gymnasien. Investitionen
1213 in die Bildung durch den Ausbau des muttersprachlichen bilingualen Unterrichts, die
1214 Einstellung zusätzlicher Schulsozialarbeitenden sowie die Einstellung von Lehrenden
1215 mit Deutsch als 2. Fremdsprache muss daher vor allem für diese Schulen erfolgen.
1216 Zu stärken ist die interkulturelle Kompetenz der Lehrenden sowie die Ausrichtung der
1217 Curricula auf das Sprachverständnis von Schülerinnen und Schülern aus anderen
1218 Kulturkreisen. Bei neuen in Köln aus demografischen Gründen erforderlichen
1219 Schulen müssen vor allem die Gesamtschulen ausgebaut werden.

1220 Verhängnisvoll für die Integration von jungen Eingewanderten und Geflüchteten war
1221 die Entscheidung der rot/ grünen Landesregierung den Zugang zum regulären
1222 Schulsystem vor allem den Internationalen Förderklassen an den Berufskollegs auf
1223 das 18. Lebensjahr zu begrenzen. Die von der neuen Landesregierung angekündigte
1224 Schulpflicht für Geflüchtete bis zum 25. Lebensjahr muss schnell umgesetzt werden
1225 und muss zugleich die Möglichkeit auch für Migranten und wie früher für
1226 Gehandicapte umfassen, über das 18. Lebensjahr hinaus Schulabschlüsse erwerben
1227 zu können.

1228 Auszubauen in der Weiterbildung sind die Integrationskurse, damit jeder und jede
1229 neu angekommene schnell und unverzüglich ein Angebot bekommt unabhängig vom
1230 Aufenthaltsstatus und von der Bleibereichtsperspektive. Dabei müssen die Dozenten
1231 sozialversicherungspflichtig bezahlt werden.

1232 Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel zur Integration. Sie muss stärker interkulturell
1233 und auf mehr Chancengleichheit ausgerichtet werden. Das muss für das gesamte
1234 Bildungssystem gelten.

1235

1236



1237

1238 Den Zugang zu guter Ausbildung und guter Arbeit beschleunigen!

1239 Eingewanderte wie Geflüchtete haben von Anfang an ein großes Interesse daran zu
1240 arbeiten. Sie wollen sich hier eine eigenständige Existenz aufbauen und ihren
1241 Angehörigen Geld schicken. Früher hatte angeworbene Arbeitskräfte nach kurzer
1242 Einarbeitung die Möglichkeit, schnell Arbeit zu finden. Heute sind die Hürden
1243 wesentlich höher. Eingewanderte und auch schon länger hier lebende junge
1244 Menschen brauchen sichere Übergänge von der Schule in die Ausbildung. Sie
1245 benötigen nach wie vor mehr Ausbildungsplätze und nach der Ausbildung gute und
1246 sichere Arbeit und keine prekäre befristete Tätigkeit oder Leiharbeit. Geflüchtete,
1247 selbst die mit hoher erworbener Qualifikation benötigen Sprachkurse. Viele
1248 benötigen Wegweiser und Unterstützer, um sich in einer für viele unübersichtlichen
1249 Arbeitswelt zurecht zu finden. Die Programme des Jobcenters oder der
1250 Arbeitsagentur reichen dafür nicht aus, sondern müssen auf vorher zu erwerbendem
1251 Wissen und Erfahrungen aufbauen, die in lokalen Betreuungsangeboten vermittelt
1252 werden können. Integration in die Gesellschaft, Integrationskurse, Bildung und
1253 Arbeitsaufnahme müssen miteinander verzahnt werden.

1254 Praktika und Ausbildung sind unumgänglich, aber sie dauern vielen Geflüchteten zu
1255 lange. Viele nehmen oft Arbeit auf dem grauen Arbeitsmarkt an. Auch für sie müssen
1256 Beratungsangebote geschaffen werden, um sie vor Ausbeutung zu schützen und in
1257 den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren. Unnötige Hürden für die Aufnahme einer
1258 Arbeit im Aufenthaltsrecht etwa die Bindung an die Bleibereichtsperspektive oder an
1259 den Aufenthaltsstatus müssen schnell beseitigt werden.

1260 Arbeit ist Voraussetzung eines selbstbestimmten Lebens. Dauerhafte Integration
1261 findet vor allem über die Arbeitswelt statt. Hierbei müssen alle Akteure für
1262 praxisorientierte Lösungen zusammenarbeiten, die den Einstieg in die Arbeitswelt
1263 fördern. Sie müssen sich für gute Arbeit und gute Ausbildung einsetzen.

1264

1265 Werte leben, Selbstbestimmung stärken!

1266 Integration ist ein gemeinsamer Prozess. Sie ist die Aufgabe derjenigen, die nach
1267 Köln gekommen sind und die Leistung der Stadtgesellschaft, die sie aufnimmt. In
1268 Ankunftsstädten wie Köln suchen und finden viele der Ankommenden zuerst ihren
1269 Platz bei denen, die aus ihrer Kultur und aus ihrem Lande gekommen sind und hier
1270 leben. Sie bringen ihr kulturelles Gepäck aus der Heimat mit und müssen sich in
1271 unsere Gesellschaft mehr und mehr eigenständig bewegen lernen. Dabei besteht die
1272 größte Herausforderung darin, sich als Individuum in einer von vielfältigen und auch
1273 widersprüchlichen Wertorientierungen und Lebensformen geprägten Welt zurecht zu
1274 finden und den eigenen Platz zu suchen. Je offener die Stadtgesellschaft ihnen
1275 begegnet, je mehr Möglichkeit auf Zugang und Teilhabe an öffentlichen Gütern sie



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1276 haben und je mehr sie im Kontakt und der Begegnung mit Einheimischen, im Sport,
1277 in Vereinen, in Initiativen, in Frauengruppen, in Gesprächskreisen, im
1278 Bildungswesen, in der Arbeitswelt oder im Stadtteil Erfahrungen mit den hier
1279 gelebten Werten und Lebensformen machen, desto schneller finden sie hier ihre
1280 neue Heimat.

1281 Verordnete Leitkulturen helfen bei der kulturellen Integration nicht weiter, sondern
1282 Begegnungen, Gespräche, gelebte Praxis und im konkreten Fall vermittelte Werte.
1283 Daher engagieren wir uns vor allem in den Stadtteilen für eine offene und
1284 kommunikative Aufnahmegesellschaft.

1285

1286 Fremdheit überwinden – pauschalen Abwertungen und Rassismus entgegentreten!

1287 Integration misslingt, wenn Menschen den Eingewanderten und Geflüchteten mit
1288 Gleichgültigkeit, Vorurteilen und Hass begegnen. Dafür haben Sozialdemokratinnen
1289 und Sozialdemokraten kein Verständnis und lehnen jede Form von Rassismus und
1290 Abwertung von Geflüchteten und Eingewanderten ab.

1291 Das ist unsere Haltung, mit der wir Probleme der Aufnahme, der Integration und des
1292 Zusammenlebens, die auf Grund des Verhaltens von Geflüchteten und Migranten
1293 entstehen können, lösen wollen. Dabei muss wirksame Prävention und
1294 Integrationsangebote Straftaten vermeiden. Aber selbst bei Straftaten darf es keine
1295 pauschalen Verurteilungen oder Zuschreibungen zu behaupteten Nationalen oder
1296 kulturellen Eigenschaften geben, wie sie die Diskussion nach der Silvesternacht
1297 2015/ 2016 weitgehend bestimmt haben. Auch bei Straftaten muss immer der
1298 Tatverdächtige und die Tat unabhängig von Herkunft und Kultur beurteilt werden. Für
1299 deren Beurteilung gilt, dass selbst der harte gesetzliche Rahmen für die im
1300 Aufenthaltsgesetz vorgesehene zwingende und regelgebundene Abschiebung (§§ 53
1301 und 54) immer auf den einzelnen Fall abhebt.

1302 Nur allzu leicht werden Ängste geschürt und Taten einzelner zu einer kollektiven
1303 Bedrohung aufgebauscht. Denn vielfach ist unser Wissen über die Geflüchteten und
1304 Eingewanderten, ihre Kultur und ihre Religion gering oder gar nicht vorhanden.
1305 Dialog und Begegnung findet kaum statt.

1306 Das Wissen über die, die hierhin kommen und hier leben, zu verbreitern, sind
1307 wichtige Aufgaben für die kommunale Weiterbildung, für Schulen und Hochschulen,
1308 für die Medien. Fremde und ihr Verhalten kennen zu lernen und miteinander leben
1309 können ist die Herausforderung für Organisationen und Akteure der Stadtgesellschaft
1310 und auch für die demokratischen Parteien. Gemeinsam sind wir Köln. Dafür das
1311 Bewusstsein zu wecken und Weichen zu stellen, sichert die Zukunft unserer Stadt.

1312



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1313

1314



1315

KS 6	
Steuerpolitik als Gerechtigkeitspolitik	
Antragsteller:	AG Steuergerechtigkeit KölnSPD über UBV
Weiterleitung an:	

1316

1317 Der Parteitag möge beschließen

1318 Die mitgliederoffene „Arbeitsgruppe Steuergerechtigkeit“ wird beauftragt,
1319 einen Grundsatzantrag zur zukünftigen sozialdemokratischen Steuerpolitik
1320 zu erarbeiten, den der Unterbezirk als Beitrag zum Erneuerungsprozess
1321 an den Bundesparteitag im Herbst 2018 stellen wird.
1322 Begleitend zu dem Antrag ist eine kommunikationspolitische Strategie für
1323 eine Kampagne zur Steuergerechtigkeit zu erarbeiten.

1324

1325 Begründung:

1326

1327 Die Rückgewinnung von Glaubwürdigkeit in der Gerechtigkeitsfrage wird der SPD
1328 nur gelingen, wenn sie überzeugend darzulegen weiß, wie der wachsenden
1329 Verteilungsungerechtigkeit und der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen
1330 Arm und Reich in unserem Land mit konkreten und für jedermann nachvollziehbaren
1331 politischen Maßnahmen begegnet werden kann.
1332 Dabei spielt die Steuerpolitik eine entscheidende Rolle, da über sie die Einnahmen
1333 generiert werden, die ein handlungsfähiger Staat benötigt, um Investitionen in
1334 Zukunftstechnologien, Integration, innere und soziale Sicherheit, Schulen,
1335 Verkehrswege und ein leistungsfähiges Internet etc. zu tätigen.
1336 Denn die gerechte Verteilung der damit verbundenen Lasten sorgt auch für den
1337 Zusammenhalt unserer Gesellschaft.
1338 Der Antrag soll ein schlüssiges Konzept für Steuergerechtigkeit aufzeigen, das die
1339 unteren und mittleren Einkommen spürbar entlastet und von hohen Einkommen und
1340 Vermögen einen deutlich höheren Beitrag zur Finanzierung
1341 des Gemeinwesens abverlangt.

1342

1343

1344

1345

1346



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1347

1348



1349

F 1	
Nein zum Einmarsch der Türkei in Afrin	
Antragsteller:	OV Ehrenfeld
Weiterleitung an:	

1350

1351 Der UB-Parteitag möge beschließen:

1352

1353 Die SPD verurteilt den Überfall des NATO-Mitglieds Türkei auf syrische Gebiete.
1354 Hochgerüstet auch mit deutschen Panzern greift die Türkei demokratische Kräfte an,
1355 die in Syrien den Islamischen Staat bekämpft haben und gefährdet damit den
1356 Friedensprozess in der ganzen Region. Afrin ist bisher weitgehend vom Krieg in
1357 Syrien verschont geblieben und dient vielen Menschen der Region als Zufluchtsort,
1358 deren Leben nun erneut bedroht ist.

1359

1360 Die SPD fordert, Waffenexporte an die Türkei zu beenden und den Bau einer
1361 Panzerfabrik durch die in Düsseldorf ansässige Firma Rheinmetall zu verbieten.

1362

1363 Insbesondere angesichts der beginnenden Scheinprozesse gegen die
1364 Wissenschaftler für den Frieden, die HDP und viele andere Oppositionelle in der
1365 Türkei setzt sich die SPD für die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit sowie für die
1366 Freiheit aller politischen Gefangenen in der Türkei ein.

1367

1368 Die SPD verurteilt die Einschränkung der Demonstrations- und Meinungsfreiheit, wie
1369 wir sie bei der Demonstration gegen den Einmarsch der Türkei in Syrien in Köln am
1370 Samstag, den 27.01. beobachten mussten.

1371

1372 Wir treten für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen ein.

1373

1374

1375

1376

1377

1378

1379

1380

1381



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1382

1383



F 2	
Abrüsten statt Aufrüsten	
Antragsteller:	OV Ehrenfeld
Weiterleitung an:	Landesparteitag NRW SPD und den Bundesparteitag:

1384

1385 Der Parteitag möge beschließen:

1386 „Das Schlüsselwort unseres Jahrhunderts heißt Zusammenarbeit. Kein globales
1387 Problem ist durch Konfrontation oder durch den Einsatz militärischer Macht zu
1388 lösen“.

1389 (Egon Bahr 2009 anlässlich des Amtsantritts von Barack Obama)

1390

1391 Wir treten statt Aufrüstung für eine Politik der Abrüstung und der Entspannung, für
1392 die Verwirklichung der Menschenrechte und die Lösung politischer Konflikte im
1393 Rahmen der Vereinten Nationen ein. Strukturell unfriedliche Verhältnisse können nur
1394 durch internationale Kooperation und eine stetige Verbesserung der
1395 Lebensverhältnisse überwunden werden. Bereits jetzt sind die
1396 Verteidigungsausgaben mit 11 Prozent des Bundeshaushalts der zweitgrößte
1397 Haushaltsposten, mit der Reduzierung der Verteidigungsausgaben könnten
1398 Investitionen in Bildung und Kultur sowie humanitäre Hilfe und Wiederaufbau von
1399 Krieg betroffener Regionen ermöglicht werden.

1400

1401 Abrüstung und ein Stopp von Waffenexporten stärken zudem weltweit fortschrittliche
1402 Kräfte, die sich für Menschenwürde und Demokratie einsetzen und derzeit auch mit
1403 deutschen Waffen bekämpft werden. Die Rüstungsexporte haben sich nach den
1404 Zahlen des SIPRI in den Jahren 2014 bis 2016 im Vergleich zu den Jahren 2010 bis
1405 2013 mehr als verdoppelt, davon wurden die allermeisten in Krisenregionen und an
1406 autoritäre Regime exportiert.

1407

1408 Daher beschließen wir:

1409

1410 - Keine Erhöhung der Verteidigungsausgaben und keine Regierungsbeteiligung, die
1411 Aufrüstung einschließt. Auch jedwede Erhöhung der Verteidigungsausgaben, die
1412 unter dem 2% Ziel der NATO bleibt, bedeutet eine Verschärfung der
1413 Aufrüstungsspirale sowie globaler Unsicherheit und geht zu Lasten sozialer
1414 Bereiche, in denen diese Mittel dringend gebraucht werden. Mittelfristig muss das
1415 Ziel sein, abzurüsten und militärische in zivile Produktion umzuwandeln.

1416

1417 - Sofortiger Stopp von Rüstungsexporten in Krisenregionen wie z.B. Saudi-Arabien,
1418 die Türkei, Katar, Algerien, die Vereinigten Arabischen Emiraten oder Ägypten, die
1419 Menschenrechte mißachten und zum Teil Kriege führen. Langfristig muss der Export
1420 vollständig auf zivile Güter beschränkt werden.

1421

1422 - Die Bundestagsfraktion wird zudem aufgerufen, Initiative zu ergreifen, damit
1423 zukünftig der Bundestag über Rüstungsexporte entscheidet, und nicht wie bisher

1424



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1425 Mitglieder der Bundesregierung. Das bisherige Verfahren unterläuft in einem höchst
1426 sensiblen Bereich die Souveränität und Kontrollfunktion des Parlaments und schafft
1427 keinen ausreichenden Schutz vor dem Einfluss von Lobbyisten.

1428

1429 - Keine Anschaffung von Waffensystemen, mit denen der Krieg entgrenzt und
1430 automatisiert wird, wie bewaffnungsfähigen Drohnen.

1431

1432

1433

1434

1435

1436

1437

1438

1439

1440

1441

1442

1443

1444

1445

1446

1447

1448

1449

1450

1451

1452

1453

1454

1455

1456

1457

1458

1459

1460

1461

1462

1463

1464

1465

1466

1467

1468

1469

1470

1471

1472

1473

1474

1475

1476

1477

1478

1479

1480

1481

1482



1483

W 1	
Saft-und Biertrinker schützen- Glyphosathwerte anpassen	
Antragsteller:	OV Ehrenfeld
Weiterleitung an:	

1484

1485 Der UB-Parteitag möge beschließen:

1486 Wir fordern, dass Glyphosat verboten wird und die Glyphosat-Grenzwerte für
1487 Trinkwasser genau so für andere Getränke gelten.

1488

1489 Begründung:

1490 Glyphosat steht im Verdacht, Krebs auszulösen. Für Trinkwasser gibt es strenge
1491 Grenzwerte. Für andere Getränke (Fruchtsäfte, Biere usw.) gelten diese allerdings
1492 nicht. Es erschließt sich nicht, warum Menschen, die etwas anderes als Wasser
1493 trinken, ungleich größeren Gefahren ausgesetzt sein sollten.

1494

1495

1496

1497

1498

1499

1500

1501

1502

1503

1504

1505

1506

1507

1508

1509



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1510

1511

1512



W 2	
E-Sport als Sport anerkennen	
Antragsteller:	Jusos Köln
Weiterleitung an:	

1513

1514 Der Parteitag möge beschließen

1515 Die Köln SPD spricht sich für die formale Anerkennung von E-Sport als echte
1516 Sportart aus. Dadurch soll der E-Sport in Deutschland endlich auch gefördert werden
1517 und wettbewerbsfähig gemacht werden können.

1518

1519 **Begründung:**

1520 E-Sport entwickelt sich derzeit auf rasante Art und Weise. Nach Einschätzung von
1521 Experten wird die Zahl der Spieler weltweit bis 2020 von derzeit zwei Milliarden auf
1522 dann rund drei Milliarden ansteigen.

1523 Gleichzeitig hat auch der E-Sport, ebenso wie traditioneller Sport, eine hohe
1524 Zuschauerrate - es ist längst ein Sport, der auch bloße Zuschauer anzieht. 2016
1525 haben sich 172 Millionen Menschen alleine die ESL-Wettbewerbe angeschaut, sei es
1526 per Livestream oder auch vor Ort in Stadien und Hallen.

1527 Das häufig genannte Argument, E-Sport wäre kein echter Sport, da dort die
1528 Bewegung fehle, ist zudem nicht haltbar. Eine Untersuchung der Sporthochschule in
1529 Köln hat gezeigt, dass Computerspieler während der Wettkämpfe genauso unter
1530 Stress stehen und körperlich beansprucht sind wie die traditionellen Spitzensportler.
1531 Länder wie China, Russland, Finnland oder Südkorea haben E-Sport daher auch
1532 bereits offiziell als Sportart anerkannt. Auch erste Klubs aus der Fußball-Bundesliga
1533 haben bereits reagiert und E-Sport-Mannschaften gegründet, zum Beispiel Schalke
1534 04, der VfL Wolfsburg und auch der 1. FC Köln.

1535

1536 Damit der E-Sport auch in Deutschland gefördert werden kann, braucht es Hilfe von
1537 der Politik. Deutschland ist zwar ein großer Absatzmarkt, hat einige große Turniere
1538 und ist zudem noch Gastgeber der weltgrößten Branchenmesse . Die
1539 Entwicklungsarbeit findet aber nahezu komplett woanders statt. Deshalb ist es
1540 notwendig, dass der E-Sport in Deutschland formal als Sport anerkannt wird, damit
1541 E-Sport in Deutschland weiter vorangetrieben werden kann.

1542

1543

1544

1545

1546

1547

1548



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1549

1550



Org 1	
Aufstellungsverfahren Wahlen	
Antragsteller:	OV Lindenthal
Weiterleitung an:	

1551 Stärkung der Beteiligungsmöglichkeit aller Mitglieder bei der Nominierung der
1552 Direktkandidatinnen und Direktkandidaten für die Kommunal-, Landes- und
1553 Bundestagswahlen bzw. der Aufstellung der Reserveliste für den Rat der Stadt Köln
1554 und der Listen bei den Wahlen zur Bezirksvertretung

1555
1556

1557 **1.** Zukünftig sollen alle Mitglieder der Kölner SPD die Möglichkeit haben, ihre
1558 Stimme bei der Nominierung der Direktkandidatinnen und Direktkandidaten für die
1559 Kommunal-, Landes- und Bundestagswahlen sowie bei der Aufstellung der
1560 Reserveliste für den Rat der Stadt Köln und der Listen bei den Wahlen zur
1561 Bezirksvertretung abzugeben.

1562

1563 **2.** Der Unterbezirksvorstand Köln wird dazu auf Basis der Diskussion des
1564 Unterbezirksparteitags vom 03.März 2018 rechtzeitig die erforderlichen Beschlüsse
1565 fassen bzw. rechtzeitig den dafür beschlussberechtigten Gremien entsprechende
1566 Vorschläge auf der Grundlage der folgenden Ziffern 3 bis 5 zur Beschlussfassung
1567 vorlegen.

1568

1569 Rechtzeitig bedeutet, dass nach Beschlussfassung durch die entsprechenden
1570 Gremien bereits für die Kommunalwahlen 2020 die Kandidatinnen und Kandidaten
1571 bzw. Listen nach der neuen Verfahrensweise aufgestellt werden können.

1572

1573 **3.** Der Vorschlag für die Nominierung der Direktkandidatin oder des
1574 Direktkandidaten eines Wahlkreises (Bundestagsdirektmandat,
1575 Landtagsdirektmandat) bzw. für die Aufstellung der Liste der SPD bei den Wahlen
1576 zur Bezirksvertretung erfolgt nach Aussprache auf einer Mitgliederversammlung des
1577 Wahlkreises.

1578

1579 Die Liste bei den Wahlen zur Bezirksvertretung wird alternierend aufgestellt; jeder
1580 5. Platz kann entweder mit einer Frau oder einem Mann besetzt werden.

1581

1582 **4.** Die Nominierung der Bewerberinnen und Bewerber sowie der
1583 Ersatzbewerberinnen und Ersatzbewerber zur Wahl des Rats der Stadt Köln erfolgt
1584 nach Aussprache auf einer Mitgliederversammlung des Unterbezirks Köln
1585 gesondert für jeden Ratswahlbezirk.

1586

1587 Die Mitglieder eines Ratswahlbezirks stellen vorher auf einer
1588 Mitgliederversammlung nach Aussprache durch Mehrheitsentscheidung die/den von
1589 ihnen gewünschte(n) Bewerber(in) auf. Diese Aufstellung hat wegen der
1590 einschlägigen Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes NRW empfehlenden
1591 Charakter.

1592

1593 Die von den Mitgliedern der jeweiligen Ratswahlbezirke ermittelten gewünschten



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1594 Kandidatinnen bzw. Kandidaten werden auf der Mitgliederversammlung des
1595 Unterbezirks Köln vor der Aussprache schriftlich allen abstimmungsberechtigten
1596 Teilnehmerinnen und Teilnehmern mitgeteilt.

1597
1598 Damit soll gewährleistet werden, dass das Votum der Mitglieder eines
1599 Ratswahlbezirks besonders berücksichtigt wird. Die Mitglieder eines
1600 Ratswahlbezirks können am besten beurteilen, welche Kandidatin bzw. welcher
1601 Kandidat die höchsten Erfolgchancen in ihrem Ratswahlbezirk hat.

1602
1603 Die Mitgliederversammlung des Unterbezirks Köln stellt des weiteren die
1604 Reserveliste auf.

1605
1606 Die Reserveliste wird alternierend aufgestellt; jeder 5. Platz kann entweder mit einer
1607 Frau oder einem Mann besetzt werden.

1608
1609 Die Nominierung der Kandidatin bzw. des Kandidaten für das Amt der/des
1610 Oberbürgermeister(in) erfolgt nach vorheriger Aussprache auf einer
1611 Mitgliederversammlung des Unterbezirks Köln.

1612
1613 **5.** Erstreckt sich ein Wahlkreis auf einen oder mehrere andere Unterbezirke, wird
1614 sich der Unterbezirk Köln im Sinne der vorstehenden Punkte mit den anderen
1615 Unterbezirken zu verständigen suchen.

1616
1617 **Begründung:**

1618
1619 Der Antrag soll ein Beitrag zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie sein. Durch die
1620 Schaffung einer Beteiligungsmöglichkeit für alle Mitglieder bei der Nominierung der
1621 Kandidatinnen und -kandidaten bei Wahlen wird der Wert der Parteimitgliedschaft enorm
1622 gesteigert und auch der Anreiz erhöht, Mitglied der SPD zu werden. Zugleich wird die
1623 Identifikation jedes einzelnen Mitglieds sowohl mit der Partei als auch mit den nominierten
1624 Kandidatinnen bzw. Kandidaten verbessert und damit auch das Engagement der Mitglieder
1625 im Wahlkampf vergrößert.

1626
1627 Mittlerweile existieren in der SPD bundesweit bereits verschiedene Beispiele für eine
1628 Nominierung der Kandidaten über eine Mitgliederversammlung, so zum Beispiel in Hamburg
1629 und in Wiesbaden. Im Zuge des angestrebten Erneuerungsprozesses unserer Partei sollte
1630 auch die Köln-SPD diesen Weg beschreiten und sich dadurch als lebendige Mitglieder-Partei
auszeichnen.

1631 Hinweis OV Vorsitzender Holger Fiedler

1632
1633 Wir stimmen dem gemachten Vorschlag zu, den Antrag auf dem UB-Parteitag am 03.März
1634 zunächst einzubringen und vorzustellen, **um dann einen Diskussionsprozess in den**
1635 **Ortsvereinen und auf UB-Ebene einzuleiten. Eine endgültige Abstimmung über den**
1636 **Antrag würde dann auf dem darauffolgenden Parteitag 2019 stattfinden.**

1637

1638



Org 2	
Sieben Organisationspolitische Anliegen/ Anregungen	
Antragsteller:	OV Rodenkirchen/Weiß/Hahnwald/Michaelshoven
Weiterleitung an:	

1639

1640 Der Parteitag möge beschließen:

1641

1642 **Antrag 1**

1643 Die Protokolle der UBV-Sitzungen im öffentlichen Teil sollen offen für alle
1644 Mitglieder sein.

1645

1646 **Antrag 2**

1647 Es wird eine Infoplattform eingerichtet zum Austausch von Informationen,
1648 Protokollen, Terminen, Anträgen, u.ä. nur für Parteimitglieder. (SPDWiki)

1649

1650 **Antrag 3**

1651 UBV-Sitzungen sind grundsätzlich parteiöffentlich.

1652

1653 **Antrag 4**

1654 Für zukünftige Köln Parteitage gilt das Vollversammlungsprinzip.

1655

1656 **Antrag 5**

1657 Bei Vollversammlungen können Arbeitsphasen eingeplant werden.

1658

1659 **Antrag 6**

1660 Es gibt für Unterbezirksparteitage ein Antragsrecht, wenn mindestens 15
1661 Parteimitglieder, auch aus unterschiedlichen Ortsvereinen, einen Antrag
1662 stellen.

1663

1664 **Antrag 7**

1665 Die Aufstellung der Direktkandidatinnen erfolgt auf Wahlkreisebene statt auf
1666 Wahlkreiskonferenzen.

1667

1668 Die Begründung der Anträge erfolgt mündlich

1669 Hinweise des OV 42



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1670 Klarstellend sei der Hinweis erlaubt, dass die Anträge nicht unbedingt der
1671 mehrheitlichen Auffassung unseres Ortsvereines entsprechen. Unsere Intention
1672 richtet vielmehr darauf, den Parteitag über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe
1673 entscheiden zu lassen.

1674 die Arbeitsgruppe „Information-Kommunikation-Mitentscheiden“ hat die Dieskussion
1675 der Vollversammlung aufgegriffen und weitergeführt.

1676 „...Die Mitglieder haben sich dabei auf insgesamt 7 Punkte verständigt und würde
1677 diese gerne auf dem anstehenden Parteitag diskutiert wissen.

1678 Nach unserer Kenntnis liegt Euch auch ein entsprechendes Ansinnen der
1679 Arbeitsgruppe vor. Da jedoch nicht geklärt ist, ob dieses Ansinnen auch formal den
1680 Kriterien eines Antrags entspricht und aus unserer Sicht die Ergebnisse und
1681 Vorschläge der Arbeitsgruppe durch den Parteitag diskutiert werden sollten, erlauben
1682 wir uns die nachfolgenden Anträge vorsorglich zu stellen“

1683

1684

1685

1686

1687

1688

1689

1690

1691

1692

1693

1694

1695

1696

1697

1698

1699



1700

Org 3	
Diverse Satzungsänderungen - Aufstellungsverfahren , Versammlungsprinzip anderes	
Antragsteller:	OV Bayenthal/Marienbourg/Raderberg/Raderthal
Weiterleitung an:	

1701

1702 Der Parteitag möge mit satzungsändernder Mehrheit beschließen:

1703 **I. Anträge zur Änderung der Satzung des Unterbezirks Köln, Stand: 19.**
1704 **September 2011**

1705 **1. Antrag zu § 7 Unterbezirksparteitag**

1706 § 7 Abs. 1 S. 2 lit. a) und b) werden durch den folgenden Passus ersetzt: „Er findet
1707 als Versammlung aller Mitglieder des Unterbezirks statt (Vollversammlung).“ Abs. 2
1708 und Abs. 3 werden gestrichen.

1709 Geltende Fassung:

1710 (1) Der Unterbezirksparteitag ist das oberste Organ des Unterbezirks: Er setzt sich
1711 zusammen aus:

1712 a) 280 Delegierten, die in Ortsvereinsversammlungen gewählt wurden. Die
1713 Verteilung der Delegierten auf die Ortsvereine ergibt sich aus der Zahl der Mitglieder,
1714 für die im vorangegangenen Geschäftsjahr (Kalenderjahr) Pflichtbeiträge an den
1715 Unterbezirk abgeführt wurden. Der Delegiertenschlüssel wird jedes Jahr neu
1716 errechnet.

1717 b) den Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes.

1718 (2) Mit beratender Stimme nehmen am Unterbezirksparteitag teil, soweit sie nicht
1719 gemäß Abs. 1a bereits Delegierte des Unterbezirksparteitages sind:

1720 a) die Mitglieder des Unterbezirksparteirates,

1721 b) die Mitglieder der Kontrollkommission,

1722 c) die Vorsitzenden der Stadtbezirke

1723 d) die im Bereich des Unterbezirks gewählten Mitglieder der SPD-Gruppe im
1724 Europäischen Parlament, der Bundestags-, der Landtags- und ein Zehntel der
1725 Ratsfraktion,

1726 e) jeweils ein/e Vertreter/in der Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen. Die
1727 Teilnahme von Personen, die nicht Mitglied der SPD sind, ist möglich.

1728 f) der/die Geschäftsführer/in des Unterbezirks.

1729 (3) Als Gäste können am Unterbezirksparteitag diejenigen Delegierten der
1730 Ortsvereine teilnehmen, die nach § 8, Abs. 4, der Wahlordnung der SPD nachrücken.
1731 Je angefangene 10 Delegierte pro Ortsverein können je eine Frau und je ein Mann
1732 als Gastdelegierte/r am Parteitag teilnehmen. Der Unterbezirksvorstand kann weitere
1733 Gäste einladen.



1734

1735

1736 Neue Fassung:

1737 Der Unterbezirksparteitag ist das oberste Organ des Unterbezirks: Er findet als
1738 **Versammlung aller Mitglieder des Unterbezirks statt (Vollversammlung).**

1739

1740 **2. Antrag zu § 8 Organisation Unterbezirksparteitag**

1741 In § 8 Abs. 1 wird S. 2 wie folgt geändert: „Der Unterbezirksparteitag ist unabhängig
1742 von der Zahl der teilnehmenden Mitglieder beschlussfähig.“ Es wird zudem ein neuer
1743 S. 3 hinzugefügt: „Unbeschadet der übrigen Vorschriften beschließt der
1744 Unterbezirksvorstand eine Verfahrensrichtlinie zur Durchführung des
1745 Unterbezirksparteitags; darin kann er insbesondere die Form der Einladung,
1746 Anmeldungspflichten und Kapazitätsvorbehalte näher regeln.“

1747 Geltende Fassung:

1748 (1) Der Unterbezirksparteitag prüft die Legitimation der Teilnehmer/innen, wählt seine
1749 Leitung und beschließt die Geschäftsordnung. Der Unterbezirksparteitag ist
1750 beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend ist.

1751 Neue Fassung:

1752 (1) Der Unterbezirksparteitag prüft die Legitimation der Teilnehmer/innen, wählt seine
1753 Leitung und beschließt die Geschäftsordnung. Der Unterbezirksparteitag ist
1754 unabhängig von der Zahl der teilnehmenden Mitglieder beschlussfähig. Unbeschadet
1755 der übrigen Vorschriften beschließt der Unterbezirksvorstand eine
1756 Verfahrensrichtlinie zur Durchführung des Unterbezirksparteitags; darin kann er
1757 insbesondere die Form der Einladung, Anmeldungspflichten und
1758 Kapazitätsvorbehalte näher regeln.

1759

1760 **3. Antrag zu § 9 Einberufung und Anträge für Unterbezirksparteitag**

1761 In § 9 Abs. Abs. 4 sollen nach „Projektgruppen“ folgender Halbsatz eingefügt
1762 werden: „sowie einzelne Mitglieder, wenn ihr Antrag von insgesamt mindestens 30
1763 Mitgliedern unterstützt wird.“

1764 Geltende Fassung:

1765 [...]

1766 (4) Antragsberechtigt sind zusätzlich die Stadtbezirke und vom UB Vorstand
1767 eingerichtete Arbeitskreise, Themenforen und Projektgruppen.

1768 Neue Fassung:

1769 „Antragsberechtigt sind zusätzlich die Stadtbezirke und vom Unterbezirksvorstand
1770 **[redaktionell]** eingerichtete Arbeitskreise, Themenforen und Projektgruppen **sowie**
1771 **einzelne Mitglieder, wenn ihr Antrag von insgesamt mindestens 30 Mitgliedern**
1772 **unterstützt wird.**“

1773

1774 **4. Antrag zu § 13 Aufgaben des Unterbezirksvorstandes**



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1775 In § 13 Abs. 3 soll folgender neuer Satz 1 vorangestellt werden: „Der
1776 Unterbezirksvorstand tagt grundsätzlich mitgliederoffen; die Mitgliederöffentlichkeit
1777 kann auch durch Online-Streaming hergestellt werden.“

1778 Geltende Fassung:

1779 [...]

1780 (3) Zu Vorstandssitzungen, in denen über den Antrag eines Ortsvereins beschlossen
1781 wird, ist ein/e vom Ortsverein zu bestimmender/e Vertreter/in zur Begründung des
1782 Antrags und zur Erörterung hinzuzuziehen.

1783 Neue Fassung:

1784 (3) **Der Unterbezirksvorstand tagt grundsätzlich mitgliederoffen; die**
1785 **Mitgliederöffentlichkeit kann auch durch Online-Streaming gewährleistet werden.** Zu
1786 Vorstandssitzungen, in denen über den Antrag eines Ortsvereins beschlossen wird,
1787 ist ein/e vom Ortsverein zu bestimmender/e Vertreter/in zur Begründung des Antrags
1788 und zur Erörterung hinzuzuziehen.“

1789

1790 II. Sonstige Anträge

1791 **1. Einrichtung eines Wiki für den Unterbezirk**

1792 Der Unterbezirksvorstand richtet ein Online-Portal (Wiki) mit geschlossenem
1793 Mitgliederbereich ein. Der Unterbezirksvorstand stellt im Wiki insbesondere
1794 Protokolle, Anträge und Beschlüsse der Organe des Unterbezirks ein (§ 6 UB-
1795 Satzung).

1796 Antragsberechtigte gemäß § 9 UB-Satzung sind berechtigt, Anträge im Wiki
1797 hochzuladen. Mitglieder erhalten zudem die Möglichkeit, Anträge zum
1798 Unterbezirksparteitag derart einzustellen, dass sich andere Mitglieder diesen
1799 anschließen können, um das Quorum von 30 Mitgliedern zu erreichen (§ 9 Abs. 4
1800 UB-Satzung).

1801 Im Wiki kann der Unterbezirksvorstand zudem einzelne Themenforen zum
1802 Austausch zwischen den Mitgliedern einrichten. Mitglieder dürfen mit Einverständnis
1803 des Unterbezirksvorstands ebenso Themenforen einrichten.

1804

1805 **2. Durchführung von Abstimmungen über Kandidaturen**

1806 Kandidaten/innen für Parteiämter und öffentliche Ämter werden in Präsentationen
1807 durch den Unterbezirksvorstand und auf Stimmzetteln je Amt in alphabetischer
1808 Reihenfolge der Nachnamen aufgeführt.

1809

1810

1811

1812

1813

1814



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1815 **Begründung der Anträge**

1816 Im Oktober 2017 hat die NRWSPD in dem Papier „Gemeinsam neue Wege finden –
1817 die SPD als modernste der Parteien“¹ skizziert, welche Schritte die SPD gehen
1818 muss, um noch eine Zukunft als Volkspartei zu haben. Ein wichtiger Punkt ist danach
1819 die Reform der innerparteilichen Strukturen. Selbstkritisch heißt es in dem Papier
1820 zugleich:

1821 *„[D]iejenigen, die skeptisch sind, weil sie befürchten die organisatorische*
1822 *Veränderung und Verbesserung würde verschleppt, sind dies nicht zu*
1823 *Unrecht. Zu oft wurde die Beteiligungspartei ausgerufen und von neuen*
1824 *Möglichkeiten gesprochen.“²*

1825 Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017 hat die SPD sodann den Beschluss
1826 „Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn“ gefasst.³ Darin wurde festgehalten:

1827 *„Dem großen **Wunsch vieler SPD-Mitglieder nach mehr Mitbestimmung,***
1828 *mehr **Transparenz,** mehr Generationengerechtigkeit, mehr*
1829 *Familienfreundlichkeit und **neuen Beteiligungsformaten,** der zuletzt auch auf*
1830 *den Dialogveranstaltungen überall im Land deutlich wurde, werden wir*
1831 *konsequent Rechnung tragen. [...] Wir stehen für eine Partei, die **online und***
1832 ***offline gleichberechtigt** behandelt. Die SPD muss die **Vielfalt** unserer*
1833 *Gesellschaft abbilden. Sie muss **durchlässiger** werden und Menschen ohne*
1834 *Parteierfahrung einen Einstieg erleichtern. Wir haben Respekt vor jedem, der*
1835 *sich engagieren möchte, unabhängig von zeitlichen Möglichkeiten. Unser*
1836 *Anspruch ist, dass die SPD in Zukunft **für jedes Mitglied** eine Heimat und*
1837 ***Möglichkeiten** bietet, sich nach Kräften zu beteiligen.“⁴*

1838 Diese Beschlüsse sind für uns Ansporn, die überfällige innerparteiliche Reform – im
1839 Sinne der Mitglieder – auch auf Kölner Ebene in die Tat umzusetzen.

1840 Um Reformen zu diskutieren, hatte sich in der Mitgliederversammlung am 2.
1841 Dezember die Arbeitsgruppe „Information - Kommunikation“ des UBV
1842 zusammengefunden. Die Arbeitsgruppe war sich schnell darüber einig, dass wir für
1843 einen wahrhaftigen Erneuerungsprozess in der Partei

- 1844 1. **Mitgliederrechte** substanziell stärken,
1845 2. die **Transparenz** von Entscheidungen und Diskussionen enorm steigern und
1846 3. den **Informationsfluss** dringend vereinfachen

¹ Abrufbar unter: https://www.nrwspd.de/wp-content/uploads/sites/2/2017/10/bundesparteitag_-_antrag_-_gemeinsam_neue_wege_finden_die_spd_als_modernste_der_parteien_-_nrwspd.pdf.

² Siehe a.a.O. Zeilen 63 ff.

³ Abrufbar unter:
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Ordentlicher_BPT/B6_SPDerneuern.pdf.

⁴ A.a.O., S. 21.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1847 müssen. Aufbauend auf diesen Ergebnissen hat unser Ortsverein diese Anträge
1848 erarbeitet.

1849 **Im Einzelnen:**

1850 **Zu I.1. Vollversammlungsprinzip:**

1851 Das Delegiertensystem hat gewiss in vielen Punkten seine Berechtigung, zumal es
1852 am ehesten eine gleichmäßige Repräsentation der Mitglieder ermöglicht. Nur ist es
1853 faktisch auch Ausdruck von Misstrauen gegenüber dem einfachen Parteimitglied. Ist
1854 dies angebracht? Im Gegenteil! „**Unsere Stärke sind die Mitglieder der SPD.**“⁵ Die
1855 SPD vereint in sich verschiedene politische Strömungen und hat in 150 Jahren – wie
1856 auch momentan – viele Richtungskämpfe erlebt. Aber zumindest Eines verbindet uns
1857 alle: Mit dem Eintritt in die SPD bekennen sich jedes Mitglied zu **Frieden, Freiheit,**
1858 **Gerechtigkeit und Solidarität** – also den Grundwerten der Sozialdemokratie. Dafür
1859 streiten wir gemeinsam!

1860 Da wir alle damit das gleiche Ziel verfolgen und zur Erreichung dieses Ziels alle
1861 **gleichberechtigt** in dieser Partei zusammengeschlossen sind, muss die Basis dort
1862 Gehör finden, wo es auch möglich ist: vor allem auf lokaler Ebene! Das
1863 Parteiengesetz lässt dies nicht nur zu, sondern betrachtet die Mitgliederversammlung
1864 sogar als Grundfall.⁶ Mitbestimmungsrechte sind Ausdruck einer echten
1865 **Wertschätzung**. Entscheidungen und Wahlen, die alle Mitglieder anstelle von
1866 Delegierten wahrnehmen können, erfahren eine besondere **Legitimation** und
1867 stärken letztlich auch das **Vertrauen** in die Parteiführung und die Repräsentanten
1868 der SPD in den Parlamenten. Es ist Aufgabe aller Verantwortlichen im UBV und in
1869 den Ortsvereinen, die Mitglieder – auch und gerade in den strukturschwächeren
1870 Stadtteilen – zu mobilisieren, damit sie an der Willensbildung partizipieren. Auf diese
1871 Weise schaffen wir es, die scheinbar wachsende **Kluft zwischen**
1872 **Parteifunktionären und einfachen Mitgliedern** zu schließen.

1873 Wenn wir also wirklich gewillt sind, die SPD neu zu erfinden, müssen wir bei uns vor
1874 Ort anfangen. Dazu ist es dringend notwendig - um es mit Willy Brandt zu sagen -,
1875 endlich **mehr Demokratie zu wagen**. Das sind wir unseren engagierten Mitgliedern,
1876 die diese Partei mit ihren Beiträgen und vor allem ihrer aktiven Mithilfe an
1877 Wahlkampfständen und in Informationsveranstaltungen am Leben halten, schuldig.
1878 Die Stärkung der Mitglieder ist sicher nicht ausreichend, aber auf jeden Fall
1879 notwendige Voraussetzung für einen **glaubwürdigen Erneuerungsprozess**.

1880

1881 **Zu I.2. Organisation des Unterbezirksparteitags**

1882 Da künftige Parteitage nach dem Vollversammlungsprinzip für alle Mitglieder offen
1883 sein sollen, ist ein Quorum für die Feststellung der Beschlussfähigkeit nicht mehr
1884 erforderlich. Um dem Unterbezirksvorstand im Übrigen die Organisation zu
1885 erleichtern und den tatsächlichen Umständen anpassen zu können, ist die

⁵ „Gemeinsam neue Wege finden – die SPD als modernste der Parteien“, Zeilen 27 f.

⁶ § 9 Abs. 1 Parteiengesetz. Unsere GenossInnen im Rhein-Erft-Kreis praktizieren dies bspw. erfolgreich.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1886 Einführung einer Verfahrensrichtlinie sinnvoll. Darin kann der Vorstand nach eigenem
1887 Ermessen zu den genannten Punkten, aber auch darüber hinaus Regelungen treffen,
1888 die eine reibungslose Organisation gewährleisten.

1889

1890 **Zu I.3. Anträge von Mitgliedern**

1891 Die alleinige Mitwirkung von Parteimitgliedern auf Ortsvereinsebene wird der
1892 **Lebenswirklichkeit** vieler Mitglieder nicht mehr gerecht. Wir erkennen an, dass viele
1893 leidenschaftliche GenossInnen aus familiären oder beruflichen Gründen sich nur
1894 punktuell engagieren können. Unabhängig vom Vollversammlungs- oder
1895 Delegiertenprinzip müssen wir daher einfachen Mitgliedern die Möglichkeit geben,
1896 sich **aktiv** in den Foren **einzubringen**, die auch tatsächlich etwas **entscheiden**
1897 können: Die Parteitage des Unterbezirks.

1898 Das vorgeschlagene Quorum von 30 Mitgliedern dient dem Zweck, nur über ernstlich
1899 gemeinte Anträge abzustimmen, die von einer nicht unerheblichen Zahl von
1900 Mitgliedern unterstützt werden.⁷ Sie liegt damit noch deutlich über der Zahl aller OV-
1901 Vorstände.

1902 Mit der Möglichkeit zur unmittelbaren Mitentscheidung nehmen nicht nur die Rechte
1903 der Mitglieder zu, sie übernehmen auch mehr **Verantwortung** zum Wohle unserer
1904 Partei.

1905

1906 **Zu I.4. Mitgliederöffentliche UBV-Sitzungen**

1907 Dieser Antrag soll kein Misstrauen gegen den UB-Vorstand zum Ausdruck bringen,
1908 sondern das **Vertrauen** in seine Arbeit besonders **stärken**. Der UB-Vorstand ist ein
1909 gewähltes Organ der Partei und den Mitgliedern **Rechenschaft** schuldig. Durch
1910 öffentliches Tagen für die Parteimitglieder wird der UB-Vorstand diesem Ziel gerecht.

1911 Durch die Einschränkung „grundsätzlich“ ist gewährleistet, dass der UB-Vorstand
1912 besonders sensible (z.B. datenschutzrechtlich relevante) Themen nach eigenem
1913 Ermessen vertraulich besprechen kann. Der UB-Vorstand soll frei darin sein, auf
1914 welche Weise er die Mitgliederöffentlichkeit herstellt. Dem dient der klarstellende
1915 Hinweis auf die zeitgemäße Möglichkeit des Online-Streamings.

1916

1917 **Zu II.1. Wiki**

1918 Dieser Antrag nimmt eine Anregung der NRWSPD auf. Die NRWSPD sieht die
1919 Einrichtung eines „*SPD-Wiki*“ vor, „*mit der Möglichkeit, gemeinsam Texte zu*
1920 *erstellen und zu diskutieren*“ sowie eines „*Beschlusswiki, um getroffene*
1921 *Entscheidungen nachvollziehbar und so weiter nutzbar zu machen*“.⁸

⁷ Auch dieses Antragsrecht ist bei unseren Parteinachbarn im Rhein-Erft-Kreis längst Realität.

⁸ „Gemeinsam neue Wege finden – die SPD als modernste der Parteien“, Zeilen 263 ff.



Anträge außerordentlicher UB-Parteitag der KölnSPD 3. März Chorweiler

1922 Die Einrichtung eines solchen Portals bzw. Wiki ist sowohl technisch simpel als auch
1923 besonders kostengünstig. Auf diese Weise kann zum einen die oft monierte Email-
1924 Flut minimiert und die **Auffindbarkeit von Informationen** deutlich erleichtert
1925 werden. Zum anderen kann im Rahmen eines Wiki die innerparteiliche
1926 **Willensbildung zu vielfältigsten Themen** besonders gefördert werden.

1927

1928 **Zu II. 2. Wahllisten**

1929 Allen zugelassenen KandidatInnen muss im innerparteilichen Wettbewerb
1930 **Chancengleichheit** gewährt werden. Die Anordnung von Nominierungen anhand
1931 einer alphabetischen Reihenfolge ist das **objektivste Kriterium**, um die
1932 Chancengleichheit aller KandidatInnen zu gewährleisten. Durch die Auflistung nach
1933 anderen Kriterien, wie etwa nach Maßgabe der Nominierenden, droht hingegen eine
1934 Verzerrung der Chancen.⁹

⁹ Vgl. Auflistungen der Kandidaturen zum UBV 2017, abrufbar unter: http://koelnsdp.de/wp-content/uploads/2017/02/170309MoPoExtra_Kandidaturen_neu.pdf.